

134. Sitzung

26. August 2008, 12.30 Uhr

(Art. 1827-1830)

Vorsitzender: Walter Markwalder, Würenlos
Protokollführung: Adrian Schmid, Ratssekretär
Präsenz: Anwesend 135 Mitglieder
Abwesend mit Entschuldigung 5 Mitglieder
Entschuldigt abwesend: Andreas Binder, Baden; Doris Fischer-Taeschler, Seengen;
Max Härri, Birrwil; Marianna Mattenberger-Schmitter, Birr; Bernhard Scholl,
Möhlin

Behandelte Traktanden	Seite
1827 Postulat Richard Plüss, Lupfig, betreffend Kostenbeteiligung des Kantons an den Sicherheitsholzschlägen entlang von Kantonsstrassen, welche im öffentlichen Interesse stehen; Einreichung und schriftliche Begründung	3611
1828 Interpellation Martin Keller, Baden, betreffend Scheinbaustellen auf Autobahnen; Einreichung und schriftliche Begründung	3611
1829 Lieni Füglistaller, Rudolfstetten-Friedlisberg; persönliche Erklärung	3611
1830 Bildungskleeblatt; Verfassungs- und Gesetzesänderungen; 1. Beratung; Beginn der Eintretensdiskussion	3612

Vorsitzender: Ich begrüsse Sie zur 134. Sitzung der laufenden Legislaturperiode.

1827 Postulat Richard Plüss, Lupfig, betreffend Kostenbeteiligung des Kantons an den Sicherheitsholzschlägen entlang von Kantonsstrassen, welche im öffentlichen Interesse stehen; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Richard Plüss, Lupfig*, und 31 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgendes Postulat eingereicht:

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie er zur Aufrechterhaltung der Sicherheit entlang von Kantonsstrassen, welche durch Wälder führen, sich gemäss dem Verursacherprinzip an den Mehraufwendungen von sicherheitsbedingten Holzschlägen beteiligt.

Begründung:

Sehr viele Kantonsstrassen führen durch die Wälder. Dabei besteht durch die Baumbestände im seitlichen Sicherheitsbereich für den Verkehrsträger und die Benutzer ein erhöhtes Gefahrenpotential. Die Sicherheits- und die Kostenfrage stellt sich mit dem zunehmenden steilen Gelände noch um so mehr.

Mit Strassenführungen durch Waldgebiete entsteht ein Interessenskonflikt zwischen Waldbesitzer resp. der Waldbewirtschaftung und dem garantierten, uneingeschränkten und sicheren Verkehrsfluss. Um die Sicherheit gegenüber dem Verkehrsträger aufrecht zu erhalten, entstehen für die Waldbesitzer im seitlichen Sicherheitsbereich entlang der Strassenführung erhebliche Mehrkosten. Da die Sicherheit der Kantonsstrassen im öffentlichen Interesse ist, liegt es auch im Interesse und in der Verantwortung der Öffentlichkeit, dass die Wälder entlang der Kantonsstrassen gepflegt und nicht vernachlässigt werden.

In diesem Sinne steht der Kanton als Besitzer der Kantonsstrassen in der Verantwortung und soll auch gemäss dem Verursacherprinzip, so wie es andere Kantone schon längst kennen, sich an den Kosten solcher Sicherheitsholzschläge beteiligen.

1828 Interpellation Martin Keller, Baden, betreffend Scheinbaustellen auf Autobahnen; Einreichung und schriftliche Begründung

Von *Martin Keller, Baden*, und 39 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern wird folgende Interpellation eingereicht:

Text und Begründung:

Auf der Autobahn A1 Fahrtrichtung Zürich kurz nach der Einfahrt Oftringen (zwischen km 61 bis 62) wurden Lärmschutzwände (Raum Striegel) erstellt. Die eigentlichen Bauarbeiten sind nun schon seit mehreren Wochen abgeschlossen und die Baustelle ist vom Unternehmer

geräumt. Aus unverständlichen Gründen ist die Baustellensignalisation (Spurwechsel mit Verengung, Temporeduktion) immer noch in Betrieb. Dies macht vor allem aus sicherheitstechnischen, aber auch aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen absolut keinen Sinn und ist für die Autofahrer, d.h. die Benutzer und Bezahler der Strassen, ein unbegreifliches Ärgernis.

Mit der Mogelpackung NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) wurde der Unterhalt der Nationalstrassen in die Hoheit des Bundes (ASTRA) übertragen. Da der Aufbau der ASTRA-Filialen viel zu lange dauerte, wurden bis heute fast keine neuen Bauaufträge ausgelöst, was aber für die Bauunternehmer von zentraler bzw. existenzieller Bedeutung ist. Um alle internen Ungereimtheiten zu vertuschen und Baustellen ausweisen zu können, werden nun bereits fertig erstellte Baustellen als Scheinbaustellen getarnt.

Dass solche Machenschaften, wie auf dem oben erwähnten Abschnitt vom Kanton Aargau gedeckt und sogar akzeptiert werden, ist sicher nicht zum Vorteil der aargauischen Bevölkerung. Auch wenn nun das ASTRA für den Nationalstrassenunterhalt zuständig ist, hat der Kanton Aargau seine Aufsichtspflicht im Kantonsgebiet wahrzunehmen.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum hat der Regierungsrat nichts gegen diese Scheinbaustelle beim ASTRA unternommen?
2. Wie will der Regierungsrat zukünftig solche Exzesse verhindern?

1829 Lieni Füglistaller, Rudolfstetten-Freidlisberg; persönliche Erklärung

Füglistaller Lieni, SVP, Rudolfstetten: Gerne gratuliere ich dem Regierungsrat zum Anerkennungspreis für eine starke Region. Sie alle haben eine Einladung erhalten zur Verleihung des erwähnten Preises, welcher der Regierungsrat des Kantons Aargau in Anerkennung seines Einsatzes für eine Harmonisierung der Schulstrukturen in der Nordwestschweiz erhält. Er bekommt diesen Preis auch für seinen freiwilligen, substanziellen Beitrag an die Universität Basel. Die Kantonsparlamente sind nun zusammen mit den Preisträgern am nächsten Dienstag zu einem gemeinsamen Nachtessen herzlich eingeladen.

Es wäre zum Lachen, meine Damen und Herren, wenn es nicht zum Heulen wäre. Da wird also grossspurig und breit der Bildungsraum Nordwestschweiz deklariert, welcher, wie der Preis schon sagt, die Schulstrukturen in der Nordwestschweiz harmonisieren will. Man weiss jedoch bereits, dass die Kantone Basel-Stadt, Basel-Land sowie Solothurn ein anderes Sprachkonzept haben und zusammen mit den übrigen Pässepartout-Kantonen als erste Fremdsprache Französisch einführen. Man wusste seit über einem Jahr ebenso, dass unsere Bildungsverwaltung zusammen mit dem Erziehungsdirektor seit Monaten durchs Land zieht und dem Volk die zweigliedrige Oberstufe verkauft. Und jetzt, oh Wunder, wird also dieses Unmögliche möglich. Der Regierungsrat hat sogar externe Fachleute bemüht, um diese Idee und den dafür vorgesehenen Staatsvertrag für den Bildungsraum Nordwestschweiz zu beurteilen. Das war natürlich wiederum

eine Medienmitteilung mit entsprechendem Primborium wert. Diese Expertinnen und Experten stellten natürlich lauter Lob und wohlwollende Aufnahme der Kritikpunkte durch den Regierungsrat fest, Punkte allerdings, welche ohnehin umgesetzt werden müssen.

Wer hat wohl, meine Damen und Herren, diese Fachleute bestellt und bezahlt? Das müsste eigentlich auch die Steuerzahlenden interessieren. Ein Staatsvertrag muss nun her, damit das Parlament noch mehr umgangen und ausgelassen werden kann. Damit sich dann die Regierungsräte gegenseitig auf die Schultern klopfen und auf die neuerliche Geschlossenheit im Bildungsraum Nordwestschweiz anstossen können. Dass die Laudatio an der Preisverleihung vom nächsten Dienstag durch einen bekennenden Fan dieses antidemokratischen Prozesses gehalten wird, ist wohl auch nicht Zufall. Die entsprechend grossartige Würdigung wird dann bestimmt auch im gleichen Stil in einer grossen Mittellandzeitung Niederschlag finden. Ob wohl die ganze Übung mit diesem Preis eine entsprechende und gut moderierte PR-Aktion ist? Wussten wohl alle Regierungsratsmitglieder davon? Nimmt wohl der Landammann den Preis entgegen oder womöglich ein anderes Regierungsratsmitglied? Anyway, mit nochmaliger Gratulation, macht weiter so, liebe Aargauer Regierungsräte, alles schön am Parlament und Volk vorbei, auch mit den entsprechenden Wendungen aller Art.

1830 Bildungskleeblatt; Verfassungs- und Gesetzesänderungen; 1. Beratung; Beginn der Eintretensdiskussion

(Vorlage des Regierungsrats vom 14. Mai 2008 samt den abweichenden Anträgen vom 1. Juli 2008 der Kommission für Bildung Kultur und Sport BKS)

Wanner Maja, FDP, Würenlos, Präsidentin der Kommission für Bildung, Kultur und Sport BKS: Seit dem Abschluss unserer Kommissionssitzungen hat ein Beschluss unserer Partnerkantone im Bildungsraum Nordwestschweiz einiges verändert. Basel-Land und Basel-Stadt haben sich darauf geeinigt, eine Oberstufe mit drei Typen einzuführen. Das wird sicher auch Auswirkungen auf unsere Beratungen haben. Nichtsdestotrotz bin ich verpflichtet, Ihnen jetzt vorab zu berichten, was in der Kommission zu dieser Vorlage beraten wurde.

Die Kommission BKS hat die Vorlage zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen in drei Sitzungen am 9. und 10. Juni beraten. Die Schlussitzung unter Einbezug der Mitberichte der Kommissionen KAPF, AVW und AWV wurde am 1. Juli abgehalten. Die vorliegende Synopse zeigt alle Anträge der Kommissionen und die Stellungnahmen des Regierungsrats auf. Wir beraten diese Vorlage in vier Teilen, weil in der Volksabstimmung über jede Vorlage einzeln abgestimmt werden kann. Dazu kommt die Verfassungsänderung der §§ 29 und 34, welche dem obligatorischen Referendum untersteht. Wir müssen in der Beratung deshalb darauf achten, dass Änderungen, welche alle vier Vorlagen betreffen, auch quer über alle vier Bereiche beschlossen werden. Der Parlamentsdienst und Herr Roth vom Rechtsdienst werden mitdenken und die nötigen Hinweise anbringen. Die Kommission hat sich sehr intensiv mit allen Aspekten der Bildungsreform auseinandergesetzt. Ich danke den Kommissionsmitgliedern

aus allen Fraktionen für die konstruktiven und engagierten Diskussionen auch bei gegensätzlichen Meinungen.

Nebst dem Departementsvorsteher Regierungsrat Rainer Huber waren von der Verwaltung folgende Personen präsent: Bruno Biberstein, Christian Aeberli, Victor Brun, Bettina Diem, Hans-Jürg Roth, Martin Stark, Urs Wilhelm. Diesem Team danke ich für die detaillierte Vorbereitungsarbeit und die Tatsache, dass wir alle Antworten in nützlicher Frist auf dem Tisch hatten und Prüfungsanträge bis spätestens auf die nächste Sitzung beantwortet waren. Das ermöglichte die Behandlung in der vorgesehenen Zeitdauer. Ebenfalls einen grossen Dank verdienen die mitberichtenden Kommissionen, welche die Vorlage in den knappen Fristen behandelt haben. Im Informationsteil durch das Departement wurden nochmals die 12 Änderungen aufgrund der Vernehmlassung erläutert. Es sind vor allem Kompetenzverschiebungen an den Grossen Rat und die Gemeinden. So werden erweiterte Kompetenzen des Grossen Rats zu den Vorgaben zur Führung von Tagesstrukturen und der Festlegung der Kennzahlen des Sozialindex durch Dekret statt durch Verordnung festgelegt. Bei der Flexibilisierung der Schülerzahlen der Primarschule und durch die Möglichkeit des Angebots eines zusätzlichen Niveaufachs an der Sekundarschule I werden den Schulen erweiterte Kompetenzen zugebilligt. Den Gemeinden werden mehr Kompetenzen zugestanden und die Übergangsfristen verlängert, was die Kosten- und Raumsituation in den einzelnen Schulen erleichtert. Die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg wird ermöglicht, was vor allem kleinen Gemeinden zugute kommt.

Zu einzelnen Aspekten der Reform wurden detaillierte Informationen und neue Erkenntnisse vermittelt. Ich möchte zwei Informationen aufgreifen, welche zu Diskussionen und Fragen in der Kommission führten. Sie sind wichtig als Hintergrundinformation, werden aber anhand der Gesetzesänderungen kaum mehr zur Sprache kommen. Das erste Thema, das zu reden gab, waren die Oberstufenstandorte. Die Planungsvorlage am 8. Februar 2007 startete mit 30 Schulkreisen und 51 Standorten. Bei der Ausarbeitung der Vorlage wurde Wert darauf gelegt, die bestehenden Ressourcen zu nutzen. Nach 14 Monaten Diskussion (Stand 25. April 2008) sind 44 Schulkreise und 59 Standorte geplant. Allerdings sind die Prozesse der Gemeinden in Zusammenarbeit mit dem Kanton noch nicht überall abgeschlossen. Nebst den demographischen Entwicklungen muss auch berücksichtigt werden, dass nur noch drei Jahrgänge die Oberstufe besuchen. Von heute 116 Oberstufenstandorten wird auf 59 Standorte reduziert, dabei werden die Oberstufenzentren eher kleiner. Bei einer maximalen Abteilungsgrösse von 25 Schülern ergeben sich durchschnittlich Klassen mit 21 Schülern. Die Zahl 25 ist ein Grenzwert, welcher nur in wenigen Abteilungen erreicht wird. Prozentual werden weniger Kinder reisen, da die Schüler bis zum Übertritt in die Oberstufe an ihrem Wohnort die Schule besuchen. Der Regierungsrat betont, dass er nicht in die Kompetenzen der Gemeinden eingreifen kann. Er hat hier nur beratende Funktion. Die Entscheide der Gemeinden können Auswirkungen auf die Anzahl der zu führenden Abteilungen haben, mehr kleinere Einheiten verursachen erhöhte Kosten. Die Entscheide der Gemeinden können an vereinzelter Standorten auch zu zusätzlichem Bedarf an Schulraum führen.

Eine zweite Information betrifft das Konzept der Begabungs- und Begabtenförderung. Im Leitsatz des Grossen Rats ist

festgelegt, dass die Begabten- und Hochbegabtenförderung in der Sekundarstufe I integrativ angeboten wird. Auf klaren gesetzlichen Vorgaben soll ein dreistufiges Konzept zur Begabungs- und Begabtenförderung umgesetzt werden. Die Förderung ist einerseits integrativ im Regelangebot der Volksschule vorgesehen, welches sämtliche Lernenden der Primarschule und Sekundarstufe I umfasst. Andererseits besteht ein anspruchsvolles Angebot im Rahmen von Wahlfächern. Das Wahlfächerangebot soll Schülern der Sek B und der Sek M gleichermaßen zugänglich sein, ist aber leistungsorientiert. Um das Angebot für Hochbegabte beanspruchen zu können, wird eine Qualifikation gefordert. Hohe Anforderungen zeichnen dieses Angebot aus. Es wird mit einem Leistungsausweis bewertet. Neu sollen während der Volksschulzeit international anerkannte Sprachzertifikate erworben werden können. Fachspezifische Internetangebote wie Mathesupport und Schreibsupport bestehen bereits. Interdisziplinäre Angebote sollen regional in Zusammenarbeit mit Gewerbe, Forschung und Wirtschaft angeboten werden. Solche Schnittstellen sind wichtig und machen die Angebote für Schüler attraktiv. Auf Sekundarstufe II, im Gymnasium und Berufsbildung werden die zusätzlichen, anspruchsvollen Angebote weitergeführt. Wie aber werden die minder begabten Kinder gefördert und aufs Berufsleben vorbereitet? Entscheidend in der Sekundarstufe I wird die Förderung durch schulische Heilpädagogen mit Zusatzqualifikationen sein. So kann die individuell gestaltete Förderplanung z.B. pragmatisch auf ein Berufsziel ausgerichtet sein. Weiter sind auf der Oberstufe Case Managements für die Berufsfindung von Risikogruppen vorgesehen. Eine massive Erleichterung wird der Sozialindex für stark belastete Schulen bringen.

In der Kommission wird die Sorge laut, dass mit der Umsetzung des Bildungskleeblatts der Bereich Musik vernachlässigt wird. Dazu erklärt Regierungsrat Huber: Der Musikgrundschulunterricht wird nicht abgeschafft, sondern in die Basisstufe integriert. Der Instrumentalunterricht findet wie bisher statt. Gesangs- wie auch Musikunterricht werden im Deutschschweizer Lehrplan genauso berücksichtigt.

Zu den finanziellen Aspekten kommen wir bei den Anträgen. Da der Finanzteil nicht Gegenstand der Gesetzesberatung ist, möchte ich an dieser Stelle den Mithbericht der KAPF aus Sicht der BKS würdigen. Die KAPF verlangt, dass Teuerung, Lohnentwicklung und Veränderungen aufgrund von Beschlüssen des Grossen Rats oder der Gemeinden transparent ausgewiesen werden, weil sie nicht im Plafond enthalten sind. Die BKS unterstützt diese Forderung nach Kostentransparenz einstimmig, die geforderten Unterlagen lagen bei der Schlussberatung des Geschäfts vor.

Es wird genau definiert, was bei den laufenden Veränderungen im Plafond mitgerechnet ist und welche Kosten ausserhalb des Plafonds auflaufen. Die verschiedenen Beschlüsse des Grossen Rats und der Gemeinden führen zwar bis jetzt zu erhöhten Kosten, der Plafond wird jedoch bisher nicht überschritten.

Die Entwicklung des Einführungsaufwands wurde neu berechnet, was ebenfalls erklärt werden muss. Die bisher als wiederkehrender Aufwand deklarierten Kosten der Anreizfinanzierung für Tagesstrukturen werden nun dem Einführungsaufwand belastet. Weniger Aufwand ist durch den Wegfall des doppelten Jahrgangs in den Gymnasien zu verzeichnen. Zusätzlich fallen die Aufwendungen für die Besitzstandswahrung bei den Lohnkosten von Lehrkräften, welche von der Oberstufe in die Mittelstufe oder innerhalb

der Sekundarstufe I wechseln, in den Jahren 2011 bis 2013 an. Im Vergleich kann festgestellt werden, dass die Zahlen des Planungsberichts kaum erreicht, allenfalls verschoben werden.

Ich komme zu den Eintretensvoten: Verschiedentlich wurde erwähnt, dass die Vernehmlassungseingaben Beachtung fanden und eingebunden wurden. Die Vorlage entspreche HarmoS und den Wirkungszielen und Leitsätzen des Planungsberichts. Bei Abstimmungen von Teilaspekten der Reformen auf Gemeindeebene, wie z.B. Tagesstrukturen, Blockzeiten oder integrative Schulung, kann eine hohe Akzeptanz festgestellt werden. Die Schule hatte in den vergangenen 50 Jahren immer etwa den gleichen Auftrag: Die Jugendlichen und Kinder müssen auf ihren Platz in Gesellschaft und Wirtschaft vorbereitet werden. Neben der Schule habe sich sehr viel verändert, in der Schule blieb sehr lange alles beim Gleichen. Wichtig sei, dass die grosse Reform nicht überfordert. Sie muss verträglich umgesetzt werden. Die Einführung der Basisstufe wird in der Kommission mehrheitlich begrüsst, die Einschulung der Kinder mit so unterschiedlichen Voraussetzungen wird damit besser gelingen. Die Tagesstrukturen sollen auch für Kinder ohne Unterstützung zu Hause eine Umgebung schaffen, wo sie ihre Aufgaben machen und ihre Schulleistungen entsprechend ihrer Intelligenz zeigen können. Das soll alles ohne grossen Aufwand im Rahmen der heute bestehenden Betreuungsangebote in den Gemeinden gemacht werden.

Wie erwartet schieden sich die Meinungen der Kommission bei der Struktur der Sek. I. Von der Beibehaltung der Bezirksschule über die Forderung nach einem Untergymnasium, das den Kantonsschulen angegliedert ist, bis zur vorbehaltlosen Zustimmung zur vorgeschlagenen Zweigliedrigkeit mit Niveauekursen wurden Voten abgegeben. Gemeinsam ist allen die Sorge um die Schüler aus der heutigen Realschule. Ein Teil der Kommission sieht die Vorteile in einer möglichst durchlässigen und individuell fördernden Schulform. Motivation und Dabeisein für alle durch die Sek. I unter einem Dach könnte sogar die Gewaltbereitschaft dämmen. Diese Klassen dürfen nicht zu gross sein. Dazu wird es Anträge geben. Auf die Wirkung des Sozialindex wird von allen Parteien als taugliches Mittel zur Verbesserung der Schulqualität auch unter schwierigen Umständen viel Hoffnung gesetzt. Die verschiedenen Schulbedingungen in den Gemeinden sollen damit endlich ausgeglichen werden. Ein Votum betraf das Weiterbildungskonzept für die Lehrerschaft. Es soll dahin zielen, dass nicht vorgängig eine lange Ausbildung, sondern eine breite Unterstützung während der Umsetzungsphase geplant wird. Die Fachhochschulen müssen die Angebote in genügender Menge und Qualität bereitstellen. Die bisherige Praxis des Separierens wird nun in ein integratives System umgewandelt. Damit soll eine hohe Chancengerechtigkeit für alle Schüler angestrebt werden. Damit ist man mehrheitlich einverstanden, es werden aber auch Forderungen nach kleineren Klassen laut. Die beiden christlichen Parteien waren der Meinung, dass im Fächerbereich Lehrplan eine Aussage über christliche Traditionen fehlt. Gar nicht einverstanden ist die SVP. Sie anerkennt HarmoS nicht und will nicht auf die Vorlage eintreten. Kindergarten und Bezirksschule sollen bleiben und moderate Veränderungen sollen allenfalls gemeindeweise eingeführt werden. Die SVP stellte in der Kommission einen Rückweisungsantrag. Die Kommission hat Eintreten mit 9 zu 4 Stimmen beschlossen.

Lesung der Botschaft: Die Kommission nahm sich Zeit, die Botschaft im Detail durchzugehen und Fragen zu stellen. Ich zitiere die wichtigen Aussagen des Regierungsrats:

- Die Rechtsgrundlage für diese Reform sind die Leitsätze aus dem Planungsbericht. Das HarmoS-Konkordat ist noch nicht in Kraft, ist aber mit diesen Gesetzesänderungen kompatibel.
- Die Schulraumplanung liegt in der Verantwortung der Gemeinden, der Regierungsrat hat keine Verfügungskompetenz zur Nutzung und zum Standard der Räume.
- Der vorzeitige Übertritt von der Basisstufe in die Mittelstufe soll nach dem dritten Jahr der Basisstufe, in Absprache mit den Eltern, durch eine begründete Empfehlung der Lehrpersonen erfolgen, da zu diesem Zeitpunkt noch kein Notenzeugnis vorliegt.
- Die Einrichtung von Spezialklassen kann von einer Gemeinde in einer Situation gefordert werden, wenn ein normaler Unterricht gefährdet ist. Das BKS prüft und bewilligt diese Spezialklassen zusammen mit dem Inspektorat.
- Die Aufteilung der heutigen Kleinklassenschüler auf die übrigen Klassen ergibt einen Schüler pro Klasse.
- Die Zuteilung 50% Sek M und 50% Sek B muss flexibel gehandhabt werden. Die grosse Durchlässigkeit und die Niveaureise werden ausgleichend wirken. Es ist auch möglich, dass sich die Bandbreite um einige Prozentpunkte verschieben wird, je nach Leistungen der Schüler.
- Die gesetzliche Regelung für die Förderung von Hochbegabten basiert auf § 15 Abs. 4. Sie werden in der Verordnung über die Schüler mit besonderen Bedürfnissen geregelt.
- In den Tagesstrukturen sollen laut Botschaft keine Lehrplaninhalte vermittelt werden. Aufgabenhilfe ist allerdings möglich und auch erwünscht.
- Finanzrelevante Auswirkungen hat die grössere Anzahl Schulkreise, neu 44 anstatt 30. Diese Mehrkosten sind in den neuen Berechnungen eingeschlossen.
- Neu ist bei der Einführung der Eingangsstufe eine Flexibilisierung möglich. Dadurch besteht für die Gemeinden eine verbesserte Staffelung angepasst an die demographischen Entwicklungen. Zudem kann die Eingangsstufe insofern gestaffelt eingeführt werden, dass zuerst drei und später vier Jahrgänge zusammengefasst werden, was aber keine signifikanten Auswirkungen auf die Finanzen hat.

Vorsitzender: Wir beraten die Vorlage so, wie sie dem Volk nachher unterbreitet wird: Also zuerst die Verfassungsänderung, dann die Schulgesetzänderung betreffend Eingangsstufe, Harmonisierung, Tagesstrukturen und Sozialindex. Wenn es bei den Gesetzesänderungen Paragrafen gibt, die in verschiedenen Kleeblättern Einfluss haben, dann wird der Paragraf in der Regel nur einmal besprochen. Wenn er bestimmt ist, dann gilt er in allen Kleeblättern. Zur Verfahrensfrage: Wir müssen wissen, was wir nachher zu beraten haben. In der Eintretensdebatte ist über Nichteintretensanträge und über Anträge auf Rückweisung des ganzen Pakets zu befinden sowie über Rückweisungsanträge zu den einzelnen Kleeblättern.

Eintreten

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Die SVP hält sich

bei der Frage, ob sie auf die Vorlage eintritt an die mehrfach kommunizierten Standpunkte zum Bildungskleeblatt. Wir möchten nämlich auf eine Eingangsstufe verzichten, wenigstens vorläufig, und den Kindergarten beibehalten. Wir möchten Kleinklassen beibehalten und keine flächendeckende Einführung von integrativem Unterricht. Wir plädieren für die dreigliedrige Oberstufe unter Beibehaltung der Bezirksschule und Stärkung der Realschule und ebenfalls Optimierung der Zuteilungspraxis. Wir sind für Einführung von Blockzeiten und ausserschulischen Betreuungsmöglichkeiten bei Bedarf. Wir sind aber gegen den von oben diktierten und reglementierten Zwang zu pädagogischen Tagesstrukturen. Wir möchten, dass Gemeinden mit besonders ungünstiger Bevölkerungsstruktur entlastet werden, finden allerdings, der Sozialindex sollte bei 1,25 plafoniert werden oder wir finden einen neuen Berechnungsmodus.

Nicht erst seit dem Schwenker des Herrn Bildungsdirektors von letzter Woche ist die SVP der Meinung, dass das Projekt aus den Fugen geraten ist und dass wir heute eine Phantomdebatte führen würden, weil wir keine Ahnung haben, wohin der Schwenker führt. Da das Paket viel zu gross und zu komplex ist, als dass man einfach mir-nichts-dir-nichts einzelne Parameter nach Regierungsrats- und Kommissionsberatungen einseitig verändern kann. Diese Reform übersteigt ohnehin die Leistungsfähigkeit der Schule Aargau bei Weitem. Am Schluss müssen die Schüler, die Eltern, die Lehrpersonen und die Gemeinden für den angerichteten Schaden die Rechnung bezahlen. Negative Entwicklungen, wie sie z.B. in angelsächsischen Ländern stattgefunden haben, werden die Folge sein. Nur noch finanzstarke Eltern können sich dann eine gute Bildung für ihre Kinder leisten, und dies schwächt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das Bildungskleeblatt geht für uns in eine höchst bedenkliche, falsche Richtung. Wir befürchten ein Fiasko, in dem der Grundauftrag der Schule nicht mehr erfüllt werden kann, weil auch das Subsidiaritätsprinzip, das uns in unserem Kanton und in unserem Staat stark gemacht hat, ausgehebelt wird. Erstaunt sind wir über die weit um sich greifende Theoriegläubigkeit, die falsch verstandene Chancengleichheit, die uns in grössere Schwierigkeiten treiben wird, als wir das heute noch glauben. Ich sage das mit bedacht so, denn ich befürchte, dass wir schulisch einseitig auf dem Trip in Richtung Gleichmacherei sind. Der Präsident des deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, spricht hier sogar von einer "Gleichheitskrankheit". Egalitäre Schulpolitik erzielt vermeintliche Gleichheit, allenfalls durch Absenkung des Anspruchsniveaus. Wer aber die Ansprüche senkt, der bindet gerade die jungen Menschen aus schwierigen Milieus in ihrem Milieu fest. Egalitäre Schulpolitik verfestigt sogar Unterschiede. Das integrative Modell sehen wir als falschen Weg an. Es kann nicht angehen, dass Schüler, die mehr leisten könnten, durch Schwache ausgebremst werden. Für mich sind das sozialromantische Vorstellungen einer gleichen Gesellschaft, die es nicht gibt, da der eine eben länger braucht und der andere schneller im Geiste ist. Schüler, die mehr leisten können, als man von ihnen verlangt, werden heute schon ausgebremst - dies würde nur forciert werden.

Was die Schüler angeht, so liegt es in der Verantwortung der Eltern, sie auf die Schule vorzubereiten. Der Lehrer ist kein dritter Erziehungsberechtigter und keine Ersatzmutter. Unabhängig vom persönlichen Entwicklungsstand eines

Kindes erklärt der Regierungsrat die Gesellschaft als zuständig für die Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen ab 4. Altersjahr auf ihre künftige Rolle als Erwachsene. Das ist eine Kriegserklärung an alle Eltern, die ihre Erziehungsaufgabe ernst nehmen. Der Staat hat allen Erziehungsmüden ein staatliches Ersatzerziehungssystem anzubieten, teilweise noch unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit. Aber die Tendenz, dieses als obligatorisch zu erklären, ist klar sichtbar, teilweise bereits in Umsetzung begriffen.

Vom Bildungsrahmenartikel kann man selbstverständlich einen gewissen Harmonisierungsauftrag ableiten, bezüglich Obligatorium und Unentgeltlichkeit der Grundschule, Schuleintrittsalter, -pflicht, -dauer, -ziele, -übergänge, -abschlüsse und Schuljahresbeginn. Aber niemand kann im Ernst behaupten, dieser Artikel verlange die generelle Schulpflicht mit 4 Jahren, verlange die integrative Schulform, statt der bewährten speziellen Förderung schwächerer Schüler in Klein- und Einführungsklassen, verlange die Einrichtung von gesamtschulähnlichen Strukturen, verpflichte jede Schulgemeinde zur obligatorischen Einrichtung von Ganztagesstrukturen und enthalte einen umfassenden Integrationsauftrag zur Ausländereingliederung sowie übertrage die Verantwortung für die Kindererziehung von den Eltern auf den Staat. Doch genau diese Grundtendenzen prägen das Bildungskleeblatt. Darum ist es zu verhindern. Klar ist, wird diese verhängnisvolle "Reformitis" nicht gestoppt, ist die Volksschule zum Untergang verurteilt. Der Regierungsrat hat keine glaubwürdige Politik. Er macht während Jahren Propaganda, z.B. für ein zweigliedriges Schulsystem, und zeigt mit Spott und Häme auf die Verfechter der Dreigliedrigkeit, stellt sie in eine ewig gestrige Ecke, um dann kurz vor der Debatte einzuschwenken. Ja, was will der Regierungsrat denn nun eigentlich? Wollen wir hier eine Phantomdiskussion führen. Wie sollen wir dem Regierungsrat in Sachen Bildungspolitik noch irgend etwas glauben, wenn wir dieses Mass an Opportunismus feststellen. Ohne Glaubwürdigkeit fehlt aber die wichtigste Grundlage für eine grosse, nachhaltige Reform.

Weil die Reform in eine völlig falsche Richtung geht und weil dem Regierungsrat die Glaubwürdigkeit fehlt, eine solche Reform ohne Kollateralschäden durchzuziehen, tritt die Fraktion der SVP nicht darauf ein und bittet Sie, das Gleiche zu tun. In Anbetracht der Bedeutung dieses Geschäfts beantragen wir, gestützt auf § 70 Abs. 3 lit. e der Geschäftsordnung durchgehende Publikation der Abstimmungsergebnisse.

Anknüpfend an den Nichteintretens-Antrag, falls dieser scheitert, stellt die SVP einen Antrag, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen und eine Vorlage vorzulegen, welche

1. auf der Grundlage der bestehenden Dreigliedrigkeit, den Hauptfokus auf die Verbesserung der Situation der Realschule bzw. der Realschülerinnen und -schüler und auf die Verbesserung der Zuteilungspraxis legt;
2. die ex-Bildungsrahmenartikel notwendigen Angleichungen macht;
3. die überwiesene Motion von Urs Haeny umsetzt, nämlich, dass die Gemeinden frei sind, ob sie integrativ Schulen wollen oder nicht. Sie dürfen deswegen weder besser noch schlechter gestellt werden;
4. den Gemeinden die Möglichkeit nicht die Pflicht gibt, ausserschulische Betreuungsstrukturen einzuführen. Diese

Strukturen sind der Gemeinde und nicht der Schule zu unterstellen und sollen nicht pädagogisch reglementiert werden;

5. Gemeinden mit besonders ungünstiger Bevölkerungsstruktur entlastet

Die Begründung ist analog wie beim Nichteintretensantrag. Vielleicht noch nachgeschoben: Die vier Kleeblätter sind nicht isoliert zu betrachten. Sie hängen sehr stark zusammen, auch wenn sie sich als vier Einzelvorlagen präsentieren. Wenn nun kurzfristig wesentliche Parameter - an allen Kommissionen, Vernehmlassungen sogar am Regierungsrat vorbei - geändert werden, bedarf es einer Neubeurteilung, einer sorgfältigen Angleichung der Erlasse, einer grundlegenden Diskussion darüber, welche Dreistufigkeit wir wollen etc. Alles andere ist unseriös und führt, wie schon angeführt, zu einer Phantomdiskussion. Für den Fall, dass Sie trotz unseres Nichteintretensantrags gleichwohl eintreten, weisen Sie deshalb diese unausgegorene Reform an den Regierungsrat zurück.

Dr. Brunner Andreas, CVP, Oberentfelden: Sehr geehrter Präsident, Walter Markwalder, Du musst doch zuerst über diesen Nichteintretensantrag abstimmen und dann sehen wir, ob wir eintreten oder nicht eintreten. Danach findet die Eintretensdebatte statt und dann kann jemand Rückweisung der Vorlage verlangen. Aber man kann doch nicht zuerst eintreten oder Nichteintreten und danach die Rückweisung behandeln. Das geht nicht.

Vorsitzender: Andreas Brunner, wir müssen doch zuerst alle Argumente auf dem Tisch haben, bevor wir abstimmen. Wir sind mitten in der Eintretensdebatte.

Bühler Hans Ulrich, FDP, Stein: Die Freisinnige Fraktion steht dem Unterfangen, die Schule Aargau in eine erfolgreiche Zukunft zu führen, grundsätzlich positiv gegenüber, denn die Schule Aargau hat Reformbedarf. Unsere Oberstufe krankt daran, dass die Realschule zur Restschule verkommen ist. Sie ist zum Sammelbecken für Jugendliche vorab mit gesellschaftlichen und weniger mit schulischen Problemen geworden. Gemeindevertreter hier im Saal kennen die unbefriedigenden, aber zu oft vorkommenden Verläufe: Realschule, keine Lehrstelle, Sozialamt. Der strikte Schuleintritt im 7. Lebensjahr erweist sich als wenig tauglich, weil er zu vielen Kindern nicht entgegenkommt. Einerseits füllen wir die Einschulungsklassen mit Kindern, die nicht dorthin gehören, andererseits verbieten wir Kindern, die eigentlich schon im Kindergarten lesen und rechnen möchten, dies spielerisch zu erlernen. Unser heutiges Schulsystem trägt auch den grossen Unterschieden zwischen den einzelnen Gemeinden zu wenig Rechnung. Insbesondere Schulen in Gemeinden mit hohem Anteil an fremdsprachigen Kindern müssen noch gezielter entlastet werden. Wirtschaft und Gesellschaft fordern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Die demografischen Entwicklungen werden schon in Kürze die Unternehmungen dazu zwingen, die Frauen ins Berufsleben zurückzuholen, damit der Motor Wirtschaft am Laufen bleibt. Ohne Blockzeiten und einem Angebot an bedarfsgerechten Tagesstrukturen geht das aber nicht. Wir anerkennen, dass das vom Regierungsrat vorgelegte Bildungskleeblatt versucht, diese Probleme zu lösen. Wir stehen und stehen dem Projekt daher seit Beginn positiv-kritisch gegenüber. Wir befürworten die Lektionenzuteilung

mit Sozialindex und auch den Tagesstrukturen stimmen wir zu, nachdem unser Anliegen, die Mindestvorgaben für die Ausgestaltung in die Kompetenz des Grossen Rats zu legen, erfüllt wurde. Verunsichert sind wir bei der Eingangsstufe. Bei der Vernehmlassung forderten wir eine wissenschaftliche Auswertung der Pilotversuche. Bis jetzt vorhandene Umfragen konnten nicht alle Mitglieder der FDP-Fraktion überzeugen. Vehement wehren wir uns nach wie vor gegen die Zweigliedrigkeit der Oberstufe. Bereits im Rahmen des Planungsberichts haben wir uns für das ursprünglich vorgesehene Elitelymnasium eingesetzt und stehen auch heute noch für eine dreigliedrige Oberstufe. Mit dem vom Regierungsrat vorgeschlagenen zweigliedrigen Modell mögen allenfalls die aktuellen Probleme der Restschule Realschule gelöst werden. Die FDP befürchtet jedoch, damit eine Nivellierung nach unten auszulösen. Zudem widerspricht die Zweigliedrigkeit der für uns auch immer wieder geforderten Harmonisierung im Bildungsraum Nordwestschweiz, wo sich die übrigen Kantone für die Dreigliedrigkeit entschieden haben. Wir fordern ein dreigliedriges Modell mit Progymnasiums zug, das kompatibel mit den Kantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann es die FDP-Fraktion als Teilerfolg werten, wenn jetzt die Türe zur Dreigliedrigkeit geöffnet wird. Wir stellen aber auch fest, dass die Gesamtvorlage durch die Ereignisse der letzten Woche einen massiven Vertrauensverlust erfahren hat. Der öffentliche Meinungsbildungsprozess verläuft nach unserer Ansicht insgesamt eher gegen die Strukturreform. Wir fordern eine seriöse nachhaltige Gesetzgebungsarbeit und Lösungen, die unseren Kindern dienen. Wir befürchten, dass der vom Regierungsrat unter anderen Voraussetzungen gefasste Zeitplan zu einer Risikovorlage führt, die an der Urne ein Debakel erreicht. Darum kann das Argument des Einhaltens des Fahrplans für die FDP nicht prioritäre Richtschnur sein. Das Argument der Verunsicherung zieht nicht, diese herrscht nämlich schon seit der Lancierung der Vorlage und darf uns nicht als Hinderungsgrund für eine seriöse Gesetzgebungsarbeit dienen.

Wir treten daher auf die beiden Kleeblätter "Tagesstrukturen" und "Lektionenzuteilung mit Sozialindex" ein. Für die beiden Kleeblätter "Eingangsstufe" und "Harmonisierung der Schulstrukturen" stellen wir einen Rückweisungsantrag mit der Auflage, dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf samt Botschaft mit einem dreigliedrigen Oberstufenmodell mit einem progymnasialen Zug, sei es ein Progymnasium oder ein Untergymnasium, vorzulegen. Wir haben uns diesen Entschluss für diesen Rückweisungsantrag nicht leicht gemacht, aber wir wollen, dass eine seriöse Gesetzgebungsarbeit gewährleistet wird. Wir wollen eine detaillierte Abklärung über Standorte, Räume und Kosten. Wir wollen die Eingangsstufe nicht isoliert ohne Oberstufenlösung einführen. Das wäre zwar gemäss Vorlage möglich, wir sind aber der Meinung, dass es sinnvoll ist, beide zusammen einzuführen, weil im Kleeblatt "Harmonisierung der Schulstrukturen" auch die Dauer der Primarschule festgelegt wird. Wir bitten also den Regierungsrat, dem Grossen Rat möglichst rasch eine Vorlage zu unterbreiten.

Ich wiederhole unsere Anträge; Eintreten auf die beiden Kleeblätter "Tagesstrukturen" und "Lektionenzuteilung mit Sozialindex", Rückweisungsantrag für die beiden Kleeblätter "Eingangsstufe" und "Harmonisierung der Schulstrukturen"

mit der Auflage, dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf samt Botschaft mit einem dreigliedrigen Oberstufenmodell mit einem progymnasialen Zug, sei es ein Progymnasium oder Untergymnasium, vorzulegen.

Haeny Urs, FDP, Oberwil-Lieli: Ich unterstütze den Rückweisungsantrag meines Kollegen aus der FDP-Fraktion für die Kleeblätter "Eingangsstufe" und "Harmonisierung". Auslöser für diese Unterstützung war die argumentative Pirouette, welche der Bildungsdirektor letzten Mittwoch präsentiert hat. Sie wissen es: Drei Jahre lang vertrat Herr Regierungsrat Huber die widerlegte These, es gäbe auf der ganzen Welt keine einzige erfolgreiche dreigliedrige Schulstruktur und Niveauunterricht sei in der dreigliedrigen Schulstruktur sehr problematisch. Sechs Tage vor der Debatte im Grossen Rat und angesichts eines drohenden Debakels änderte er seine Position und vertritt nun die Meinung, die dreigliedrige Schulstruktur sei für den Aargau nicht unmöglich, da die pädagogischen Ziele des Kleeblatts auch erreicht werden können - notabene ohne seine Regierungsratskollegen vorgängig anzuhören.

Ich diskutiere hier nicht darüber, wie viel Glaubwürdigkeit dieser Schwenker gekostet hat. Das ist eine Frage, welche die Wähler am 30. November klären werden. Hier ist indessen auf die Folgen dieses Schwenkers einzugehen. Auch wenn das Kleeblatt in vier einzelnen Vorlagen dem Volk vorgelegt wird, hat die Gesamtvorlage einen inneren sachlichen und fachlichen Zusammenhang. Man kann nicht an einem Kleeblatt "schrauben", ohne dass es Auswirkungen auf die anderen Kleeblätter hätte. Gerade strukturelle Fragen wirken z.B. auf den Sozialindex möglicherweise auch auf das Eingangsstufenkonzept. Abgesehen davon ist das, was uns nun heute die CVP vorschlagen wird, gesetzgeberischer Murks: Ein Dekret wird durch den Grossen Rat erlassen. Es gibt dagegen kein Referendum. Wie eine Warze sitzt es auf dem neuen Schulgesetz, welches wir hier verabschieden. Für mich steht gesetzgeberische Qualität vor Tempo. Es ist auch nicht damit getan, den Strukturentscheid übers Knie zu brechen.

Die ganze finanzielle Seite, schon bisher zwar mit sehr vielen Zahlen beleuchtet, aber immer noch mit vielen, vielen Unbekannten versehen, muss dringend als Ganzes überarbeitet werden. Als Mitglieder des Grossen Rats haben wir nicht nur die Verantwortung für ein gutes Bildungswesen, sondern auch für gesunde Staatsfinanzen. Und da stört es mich doch ganz gewaltig, dass dem Vernehmen nach in einer Fraktion der Ausspruch gefallen sei: "Was kümmern uns die Finanzen. Der Finanzdirektor muss einfach dafür sorgen, dass die Finanzen vorhanden sind." Meine Damen und Herren, eine solche Haltung ist mit unserem Gelöbnis nicht vereinbar. Ich kann nicht in eine Diskussion eintreten, wenn ich die Folgen nicht kenne. Da der Regierungsrat den Kurswechsel noch nicht genehmigt hat, bauen Sie einzig und allein auf die Aussagen des Bildungsdirektors. Darum bitte ich Sie, erst dann auf die beiden Vorlagen "Eingangsstufe" und "Harmonisierung" einzutreten, wenn sie der Regierungsrat überarbeitet hat und gesicherte, glaubwürdige Fakten vorliegen.

Dr. Guignard Marcel, FDP, Aarau: Ich möchte mit meinem kurzen Votum an Ihr Verantwortungsbewusstsein als Gesetzgeber appellieren. Im Kleeblatt der Harmonisierung der Schulstrukturen steht seit kurzem neu zur Debatte, die dreigliedrige Oberstufe einzuführen, indem die

Sekundarstufe I um eine Leistungsstufe erweitert wird. Die konkrete, detaillierte Ausgestaltung soll dem Vernehmen nach auf den Dekretsweg verwiesen werden.

Diesem Ansinnen kann die FDP, wie schon ausgeführt, aus verschiedenen Gründen nicht folgen. Vorab widerspricht dieses Vorgehen dem Geist unserer Kantonsverfassung. Nach § 78 der Kantonsverfassung sind alle wichtigen Bestimmungen in Gesetzesform zu kleiden. Damit wird sichergestellt, dass wichtige staatliche Vorschriften demokratisch genügend legitimiert sind. Diese Legitimation wird durch ein zwingendes Anhörungsverfahren vor der Zuleitung des Gesetzesentwurfs an das Parlament, durch die zweimalige Beratung des Gesetzesentwurfs im Parlament (vorgängig durch die Kommissionen) und schliesslich durch die Möglichkeit des fakultativen Gesetzesreferendums erreicht. Demgegenüber handelt es sich beim Dekret um einen Ausführungserlass, der im Parlament nur ein Mal beraten wird und nicht dem fakultativen Referendum untersteht. Der Erlass eines Dekrets ist in der Regel nur möglich, wenn im übergeordneten Gesetz die wichtigen Eckdaten für das ausführende Dekret umschrieben sind. Wenn nun also, wie vorgeschlagen oder wie zu erwarten ist, jetzt in der ersten Lesung neu eine Dreigliedrigkeit der Oberstufe eingeführt werden soll, dann wird zweifellos eine wichtige Bestimmung erlassen. Es wird zudem eine Lösung vorgeschlagen, die auch anders aussehen könnte. Mit andern Worten: Es gibt verschiedene Varianten zur Einführung der Dreigliedrigkeit. Das wiederum unterstreicht die Wichtigkeit der zu regelnden Materie. Um dieser Wichtigkeit gerecht zu werden, müssen die demokratischen Kautelen eingehalten werden. Dies ist nur über die Rückweisung garantiert. Mit der Rückweisung, unter der Auflage, ein dreigliedriges Sekundarstufenmodell I auszuarbeiten, wird der Regierungsrat gezwungen, in dieser wichtigen Angelegenheit das ordentliche Gesetzgebungsverfahren abzuwickeln. Was da heisst: Ein Gesetzgebungsverfahren beginnt mit einem Anhörungsverfahren, in dem dann eine erläuternde Botschaft erarbeitet wird, wo die verschiedenen Varianten, die zur Diskussion stehen, und der entsprechende Vorschlag diskutiert werden, wo die Strukturfolgen auf das ganze Volksschulsystem ausgeleuchtet werden, wo die Standortfragen beantwortet werden, wo auch die finanziellen Auswirkungen diskutiert werden, wo die Personalfolgen aufgezeigt werden usw. Gestützt auf diese Botschaft ist nachher eine erste Beratung durchzuführen, eine zweite Beratung im Grossen Rat und dann untersteht der Beschluss dem fakultativen Referendum. Führt man nun die dreigliedrige Sekundarstufe I, die notabene während der ganzen Kampagne des BKS bisher als ungeeignet bezeichnet worden ist, nach diesem kurzfristigen Schwenker unter wohlwollender Duldung des zuständigen Regierungsratsmitglieds ein, so wird das ordentliche Gesetzgebungsverfahren mit Füssen getreten. Ein solches Vorgehen ist unter allen Titeln unseriös.

Die FDP kann das nicht mitmachen und weist das Harmonisierungskleeblatt deshalb zurück. Wird die Rückweisung vom Rat abgelehnt, wird die FDP diesem "Blatt" die Zustimmung verweigern. Da die Eingangsstufe vor allem mit dem Thema der neu im Raume stehenden Dreigliedrigkeit der Sekundarstufe I stark verknüpft ist, wird die FDP logischerweise auch das "Blatt" der Eingangsstufe zurückweisen bzw. dieses ablehnen, falls die Rückweisungsanträge scheitern sollten.

Müller-Killer Erika, CVP, Lengnau: Die CVP tritt auf das Geschäft ein. Im Namen der CVP spreche ich zu den Kleeblättern "Eingangsstufe" und "Tagesstrukturen", anschliessend äussert sich Otto Wertli zur "Strukturreform" und zum "Sozialindex".

Die CVP kämpft für eine Schule Aargau, welche ihre Kernaufgaben mit pädagogisch ausgereiften Konzepten sozial- und bildungspolitisch, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch zügig erfüllen kann, um dadurch den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen. Dabei sollen die Hauptakteure, die Schülerinnen und Schüler und nicht zu vergessen die Lehrpersonen und Schulleitungen, welche die Reformen erfolgreich umsetzen müssen, im Zentrum stehen. Die erfolgreiche Umsetzung erfordert genügend Ressourcen für die Weiterbildung der Lehrpersonen und Schulleitungen. Soll die Reform den von allen Beteiligten gewünschten Erfolg bringen, gehört nebst Weiterbildung auch Praxisbegleitung während der Einführungsphase dazu. Über die Reduktion des Pflichtpensums der Lehrpersonen muss ebenfalls nachgedacht werden. Verständliche Bedenken der Lehrpersonen angesichts der künftigen Veränderungen sind wirklich ernst zu nehmen. Es ist deshalb alles daran zu setzen, was zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs beiträgt, um ein Abwandern der besten Lehrpersonen zu verhindern.

Die CVP nimmt den Auftrag des Schweizer Volks, die Harmonisierung der kantonalen Bildungssysteme, ernst und unterstützt das HarmoS-kompatible Kleeblatt mit den geforderten Anliegen und Vorgaben. Wir schätzen und unterstützen die ganzheitliche Betrachtung der vier Kleeblätter. Die Zeit steht nicht still und deshalb tat der Regierungsrat gut daran - und dafür danken wir - dass er die Vernehmlassungsantworten ernst nahm und in das Reformpaket einfliessen liess. Die CVP ist erfreut, wesentliche Forderungen aufgenommen zu finden. Insgesamt ist die CVP überzeugt, dass sich die Schule Aargau mit den Zielen und der Einführung des Kleeblatts in die richtige Richtung entwickelt und keine Nivellierung nach unten erfahren wird.

Zum Kleeblatt "Eingangsstufe": Die CVP unterstützt die Integration des Kindergartens in die Basisstufe. Wir wehren uns gegen die angstmachende und falsch verbreitete Ansicht, der Kindergarten werde abgeschafft. Nein, der Kindergarten erfährt durch die Einführung der Basisstufe eine grundlegende Aufwertung. Jedes Kind erhält individuell die Zeit und die Förderung, welche ihm persönlich gerecht wird. Das nennen wir Chancengerechtigkeit und nicht Gleichmacherei. Gleichmacherei ist hier fehl am Platz. Von allen gleichaltrigen Kindern, dieselbe Leistung zu verlangen, ist mehr als ungerecht. Sie sollen leisten, was sie zu leisten vermögen. Das fördernde und das freie Spielen sollen und werden einen wichtigen Platz beibehalten. Die gemeinsame Lösung für die Eingangsstufe mit andern Kantonen ist eine Referenz an die Harmonisierung.

Mit dem Stichtag der Einschulung, dem 31. Juli, kann sich die CVP einverstanden erklären, weil er schweizweit so festgelegt wird. Wir hätten den 31. Mai bevorzugt, befürworten daher, dass zu junge Kinder auch noch ein halbes Jahr später eingeschult werden können. Durch die Integration des Kindergartens in die Basisstufe und der dadurch auf acht Jahre verlängerten Primarschule wird eine optimierte, individuelle Förderung der Kinder ermöglicht, und somit die in diesem Alter höchste Lernfähigkeit und

Neugierde der Kinder besser genutzt. Spielen und lernen in altersdurchmischten Gruppen ermöglicht den Kindern bei vielfältigen sozialen Kontakten voneinander und miteinander zu lernen. Diese Aussage basiert nicht zuletzt aus meiner über 20-jährigen Erfahrung als Mehrklassenlehrerin. Die CVP befürwortet dieses individualisierte Lernen und die integrative Schulform. Wir plädieren seit jeher für Integration statt Separation. Das macht pädagogisch Sinn und ist gesellschaftlich bedeutungsvoll. Bedingung ist aber auf allen Stufen ein angemessener Pensenpool für schulische Heilpädagogik. Dass die Führung von Sonderschulen weiterhin notwendig sein wird, versteht sich. Sollte aus den Harmonisierungsbestrebungen wider Erwarten die dreijährige Grundstufe resultieren, würden wir der Einführung der Grundstufe zustimmen. Die Basisstufe trägt wesentlich zur Weiterentwicklung der Schule Aargau bei und ist ein wichtiges Kleeblatt für die CVP. Sie legt dem bedeutungsvollen Grundstein zum individuellen Durchlaufen und Beschleunigen der Schulzeit. Beschleunigen ist uns lieber als überspringen. Und nicht zuletzt wird durch die Neuaufteilung der Primarschule in Eingangs- und Mittelstufe für kleine Schulen ein Weiterbestehen besser möglich, denn es kann mit mindestens 12 Schülern in 4 Jahrgängen eine Basisstufe oder eine Mittelstufe geführt werden. Die CVP tritt auf die Gesetzesvorlage der Eingangsstufe ein.

Zu den Tagesstrukturen: Die CVP will mithelfen, die Situation der Familien zu verbessern. Das ist eines unserer langjährigen Kernanliegen. Eine Massnahme sind die Tagesstrukturen. Jede Familie muss die Möglichkeit bekommen, nach ihrem Ermessen Beruf und Familie zu vereinbaren - eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Frauen sollen wie die Männer die Möglichkeit haben, ihr erworbenes Berufswissen auch in der beruflichen Arbeit einzubringen, und die Wirtschaft soll auf die gut ausgebildeten Frauen zählen können. Leider haben nicht alle Kinder in ihrem familiären Umfeld optimale Voraussetzungen für eine Bildung und Erziehung, welche ihren Fähigkeiten entspricht. In einer Tagesstruktur können die Kinder in betreuter Umgebung ihre Hausaufgaben erledigen, ihre Sozialkompetenz stärken, sich spielerisch, sportlich und musisch betätigen. Fest steht für uns aber ganz klar: Die Benutzung muss freiwillig bleiben. Mit einer Ausnahme: Die Vormundschaftsbehörde muss die Weisung der Schulleitung und Schulpflegen aufnehmen und falls notwendig, Eltern zum Wohl der Kinder verpflichten können, ihre Kinder in die Tagesstrukturen zu geben. Dass der Kanton die Gemeinde verpflichtet, Tagesstrukturen bedarfsweise einzuführen, entspricht einer erstrebenswerten Chancengerechtigkeit. Bedarfsweise heisst für uns: Es sollen keine teuren und überorganisierten Strukturen aufgebaut werden. Wichtig ist uns, dass den Gemeinden genügend Handlungsspielraum in der Ausgestaltung gewährt wird und dass das bedarfsgerechte Angebot, dort wo es heute bereits existiert und auch funktioniert, weitergeführt werden kann. Da braucht sich auch niemand vor den vom Grossen Rat zu definierenden Mindeststandards zu fürchten. Eignung, Neigung und Erfahrung sind auch Kriterien. Selbstverständlich liegt es in der Verantwortung der Gemeinden, in Zusammenarbeit mit der Schule und unter anteilmässiger Mitfinanzierung des Kantons die notwendigen Strukturen aufzubauen. Es ist gut vorstellbar, dass in vielen kleinen Gemeinden diese Aufgabe Tagesfamilien übertragen wird. Und wo keine Nachfrage besteht, muss auch kein Angebot bereit gestellt werden. Für

die CVP ist der Grundsatz, die Tagesstrukturen nach pädagogischen Grundsätzen zu führen, sehr wichtig: Pädagogische Erziehung erwarten wir doch auch von den Eltern und von allen Erziehungsberechtigten. Pädagogische Erziehung heisst für uns, die Kinder wohlwollend betreuen, ihnen Anstand, Achtung und Respekt voneinander vermitteln - kurz die gleichen Werte vermitteln wie die Schule. Wer kann da etwas gegen diese erzieherischen Werte einwenden? Angesichts der Tatsache, dass viele berufstätige Eltern weniger Ferien und andere Feiertage als ihre Kinder haben, fordert die CVP das Betreuungsangebot auch ausserschulisch. Wir wollen keine unbetreuten Kinder. Dass sich die Eltern sozialverträglich an diesen Kosten beteiligen, ist für uns selbstverständlich. Uns ist wichtig: Jede Familie entscheidet auch in Zukunft ganz für sich, welche Form der Betreuung sie wählen will - die private, noch immer eine Lobenswerte, oder die öffentliche. Die CVP tritt auf die Vorlage "Tagesstrukturen" ein.

Wertli Otto, CVP, Aarau: Die schweizerischen Stimmberechtigten haben im Mai 2006 mit überwältigender Mehrheit einem Bildungsartikel in der Bundesverfassung zugestimmt. Dieser sieht die Harmonisierung von Schulstrukturen unter den Kantonen vor. Eine Partei war überrascht von diesem massiven Entscheid des Volks. Mit diesem Auftrag im Rücken haben die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren ein Harmonisierungskonzept einstimmig verabschiedet. Die Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren aller Parteien haben HarmoS verabschiedet. Darüber hinaus haben die Kantone der Nordwestschweiz weitere Harmonisierungsziele im Bildungsraum Nordwestschweiz gesetzt. Die CVP unterstützt diese Zielrichtung der Harmonisierung auf den verschiedenen Ebenen mit Überzeugung.

Auf diesem Hintergrund sind die Beschlüsse des Grossen Rats zu den Wirkungszielen und Leitsätzen gefasst worden und auf diesem Hintergrund ist auch die Diskussion über die Bildungsreform im Aargau, das Bildungskleeblatt, zu sehen. Die Leitsätze zum Teil "Harmonisierung der Schulstrukturen" beinhalten verschiedene Reformvorhaben. Leitsatz 3 hält die Dauer der Primarschule inklusive Eingangsstufe mit acht Jahren, der Sekundarschule mit drei Jahren fest. Leitsatz 4, den wir verabschiedet haben, hat die integrativen Schulformen zum Inhalt. Leitsatz 7 spricht sich zur Hochbegabtenförderung aus, Leitsatz 9 bezieht sich auf die Schulstandorte. Diese Ziele aus diesen Leitsätzen sind in der Gesetzesvorlage zur Harmonisierung der Schulstrukturen aufgenommen. Leitsatz 6 beinhaltet vor allem zwei Elemente: die Zweigliedrigkeit der Sekundarschule und den Niveauunterricht. Der Niveauunterricht, so meine ich annehmen zu können, hat Akzeptanz. Im Fokus der Diskussion steht die Zweigliedrigkeit. Ich habe es aufgezeigt, die Leitsätze und Beschlüsse unseres Parlaments sehen die Zweigliedrigkeit vor. Sie wird von vielen Fachleuten im Rahmen einer Gesamtbeurteilung als sehr geeignetes Modell beurteilt. Die Vorlage des Regierungsrats, welche uns Mitte Mai gestellt wurde, sieht diese Zweigliedrigkeit vor und die vorberatende "Kommission Wanner" hat diese Zweigliedrigkeit übernommen. Von all diesen Zielen der Leitsätze soll aufgrund meines folgenden Antrags ein Element geändert werden, jenes der Zweigliedrigkeit. Alle andern Eckwerte aus den Leitsätzen sind in der Vorlage enthalten und werden von der CVP unterstützt. Es sind wichtige Reformschritte wie

beispielsweise die Integration, die Begabtenförderung, die Durchlässigkeit. Warum nun der folgende Antrag? Die CVP-Fraktion hat kurz nach den Sommerferien und auf der Basis der Ergebnisse der Beratungen in der Kommission zwei Hearings durchgeführt. Wir haben uns mit dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer ausgesprochen. Bei der Frage der Zwei- oder Dreigliedrigkeit kam die Haltung des Wirtschaftsverbands klar zum Ausdruck. Er will eine Harmonisierung, mindestens in der Nordwestschweiz. Dies hat für die aargauische Industrie- und Handelskammer Vorrang vor der Art der Gliederung, auch wenn tendenziell die Dreigliedrigkeit bevorzugt wird. Ohne Harmonisierung wird die Reformvorlage von ihrem Verband und möglicherweise auch von andern Wirtschaftsverbänden kaum Unterstützung finden. Die CVP-Fraktion hat die Vorlage auch mit dem Präsidenten des Lehrer- und Lehrerinnenverbands besprochen. Hier kam zum Ausdruck, dass die Oberstufenreform positiv aufgenommen wird, die vorgesehenen Schritte Zustimmung finden, mit Ausnahme der Zweigliedrigkeit. Das Ergebnis ist: Reform Ja, aber bitte harmonisiert (Industrie- und Handelskammer) und bitte dreigliedrig (alv). Wir lasen dann die Verlautbarung der FDP vom 14. August: Rückweisung mit Auftrag einer Vorlage mit Dreigliedrigkeit und Pro- oder Untergymnasium. Über das Untergymnasium haben wir in der Kommission abgestimmt, da war die FDP alleine mit diesem Anliegen. Vorher hatten wir eine andere Idee eines Untergymnasiums, nämlich das Hochbegabtgymnasium. Das wurde bereits im Rat abgelehnt. Andere Formen der Dreigliedrigkeit sind etwas anderes. Die FDP will die in der Vorlage festgehaltene Zweigliedrigkeit nicht oder nicht mehr, oder sie will die Entscheide der Kommission nicht mittragen.

Schliesslich die Medienkonferenz zum Bildungsraum Nordwestschweiz vom 20. August 2008 in Olten: Hier kam erstmals die klare Haltung von Basel-Stadt zum Ausdruck: Dreigliedrigkeit wie Basel-Land und damit auch wie Solothurn. Damit wäre der Aargau mit seiner Zweigliedrigkeit in Bezug auf die Nordwestschweiz allein gestanden und die Idee der Konferenz, dass sich bei nächsten Schritten der Kantone die Zweigliedrigkeit durchsetzt, war geschwunden. Das stand in Basel-Stadt lange auf der "Kippe". An einer Sitzung der IPK vom 19. Mai 2008, da waren verschiedene von uns anwesend, hat der Bildungsdirektor von Basel, Regierungsrat Eymann, das Dilemma dargelegt, nämlich dass die Wissenschaft sagt, dass drei Züge das Restrisiko einer negativen Situation für einen Typus beinhalten und dass dies mit zwei Zügen und Niveaugruppen gemildert würde. Er meinte aber, dass es politisch anders aussehen kann, insbesondere wenn die Wirtschaft sich auch entsprechend äussert. Politische und wissenschaftliche Positionen können bei dieser Frage aufeinandertreffen. Sie könnten beim Festhalten an der Zweigliedrigkeit ein ganzes Reformvorhaben zum Scheitern bringen. In der Zwischenzeit hat sich Basel für die dreigliedrige Struktur entschieden.

Beurteilung: In diesem Teilbereich Gliederung Sek I wäre die Harmonisierung auf Jahre hinaus vom Tisch. Für die CVP ist die Harmonisierung ein wichtiges Ziel. Sie hat sich auch entschieden, für den Bildungsartikel in der Bundesverfassung stark gemacht und unterstützt das HarmoS-Konkordat in den Kantonen, wo es bisher zur Beratung und Beschlussfassung kam. Und vergessen wir die Medien nicht. Der bildungspolitische Redaktor der Aargauer Zeitung fragte sich in einer Kolumne,

drei Tage vor der ominösen Medienkonferenz, ob es schlimm sei, wenn die Zweigliedrigkeit gefährdet sei. Die Aargauer Schulreform ist auch mit einer neu aufgeteilten dreigliedrigen Oberstufe noch gut. Er erwarte, dass der Bildungsdirektor sich beweglich zeige und nicht alles oder nichts riskiere. Diese Beweglichkeit, ein Element der Politik, erwartet auch die CVP, wenn sie ihren Antrag stellt. Wenn in einer Vorlage die allermeisten Teile gutgeheissen werden, nur ein einziger Teil nicht, dann stellt sich die Frage nach dem Vorgehen. Die CVP ist der Meinung, dass auf eine solche Vorlage einzutreten und der umstrittene Punkt mit besonderer Aufmerksamkeit zu beraten sei. Zudem, wir stehen in der ersten Beratung! Hier können nicht nur Änderungsanträge eingebracht, sondern auch Prüfungsanträge gestellt werden. Wir haben das ja heute Morgen beim Baugesetz gesehen. Da hiess es auf die zweite Beratung erwarten wir die Verordnung. Also diskutiert man in einer ersten Beratung und listet auf, was man noch braucht. Es gibt ja noch die zweite Beratung.

Aufgrund der neuen Ausgangslage standen für die CVP zwei Interessen einander gegenüber: Strukturreform inklusiv Zweigliedrigkeit mit fehlender Harmonisierung im Bildungsraum Nordwestschweiz versus Strukturreform mit Dreigliedrigkeit und damit Harmonisierung im Bildungsraum Nordwestschweiz. Wenn wir nochmals kurz von der Gliedrigkeit absehen, dann umfasst die Harmonisierung der Schulstrukturen auf der Sekundarstufe I verschiedenste Reformvorhaben. Es ist wichtig, dass man sich nochmals bewusst wird, dass man alles zurückweist, wenn man für die Rückweisung ist. Alle Typen unter einem Dach, eine Schulleitung, eine im Bildungsraum Nordwestschweiz einheitliche, kompatible Lehrer-/Lehrerinnenausbildung, verbesserte Durchlässigkeit, Niveauunterricht, integrative Schulformen - um all diese aufgezählten Elemente geht es in dieser Strukturreform. Und es ist beileibe viel und viel Gutes in der Reform enthalten, nur ein Element wird oder soll geändert werden, jenes der Zahl der Leistungszüge. Denken wir auch, dass bei einer Rückweisung alle Vorarbeiten aus dem Gesetzgebungsprozess und der Arbeit der Gemeinden zu den Schulstandorten ungenutzt bleiben. Wir werden den Antrag stellen: "Die Sekundarschule gliedert sich in drei Typen". Wenn man diesen Satz in § 26 einfügt, dann ersetzt man diese beiden zwei kleinen Sätze, die heute da stehen. Man kann nicht sagen, es handle sich bei diesen zwei Sätzen um eine umfassende Darlegung und der Satz "Die Sekundarschule gliedert sich in drei Typen" sei nicht umfassend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles ist besprochen und entspricht den Leitsätzen und der Gesetzesvorlage. Ein Teilbereich, durchaus mit einer Öffentlichkeitswirksamkeit, soll geändert werden. Tun wir diesen Schritt jetzt, damit die Schule Aargau weiss, mit welcher Entwicklung sie zu rechnen hat. Nutzen wir die Vorarbeiten, welche bis heute durch die "Kommission Wanner" und durch die Gemeinden geleistet wurden. Ich danke Euch, wenn Ihr den Anträgen der CVP zur Festlegung der Dreigliedrigkeit zustimmt. Zum Sozialindex werde ich mich bei den entsprechenden Paragraphen äussern.

Gebhard-Schöni Esther, EVP, Mörken-Wildegg: Das Sicherste ist die Veränderung. Diesen Satz stelle ich bewusst an den Anfang meines Eintretensvotums. Das Sicherste ist die Veränderung - dies haben wir in der letzten Woche mit

der Kunde aus den beiden Basel erfahren, dass sie sich auf den Weg der dreigliedrigen Oberstufe begeben wollen. Damit ist für die EVP der pädagogisch gesehen beste Wege der zweigliedrigen Oberstufe arg ins Wanken geraten. Tja, Veränderung - was ist zu tun? Wie viele andere hat auch die EVP in der Vernehmlassung eine höchstmögliche Annäherung der Strukturen im Bildungsraum Nordwestschweiz gefordert. Liegt es nicht auf der Hand, nun nicht stur am Gewünschten festzuhalten, wenn man sieht, dass es die zweigliedrige Oberstufe sogar im eigenen Kanton schwer hat, eine Mehrheit zu finden, und jetzt erst recht, wo die Mehrheit der Nachbarkantone sich geeinigt hat. Nun gilt es, Prioritäten zu setzen. Die Harmonisierung und die integrative Schulung sind uns wichtiger, als die Zwei- oder Dreigliedrigkeit der Oberstufe. Wichtig ist, dass die Oberstufe unter einem Dach mit Niveauekursen geführt wird, wie wir es im Leitsatz verabschiedet haben, und zusätzlich sind die Bedürfnisse des schwächsten Leistungszugs nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Progymnasium lehnen wir ab.

Unsere Gesellschaft hat sich in vielen Bereichen grundlegend verändert. Denken wir an die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen, die multikulturelle Gesellschaft, die ungleichen Chancen, je nach dem, in welche Familie man geboren wird, die Globalisierung und die Schnelllebigkeit unserer Zeit, die Suche nach verbindlichen Werten und Normen, die Bedeutung des Computers. Die ab 1985 Geborenen gehören zur Generation "Game", die meisten hier zur "Nachkriegsgeneration" oder zu den "Babyboomern". Es hat sich schon einiges verändert. Denken Sie an die Klein- und Patchworkfamilien, die vielen Einelternhaushalte und die gut ausgebildeten Frauen und Männer, die gerne Berufs- und Familienleben vereinbaren wollen. Sie sind nicht einfach selbstsüchtig und zu faul, ihre Kinder zu erziehen. Denken Sie an die Eltern, die ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr nachkommen, an die Jugendarbeitslosigkeit. Um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen, ist es angezeigt, ja höchste Zeit, mit einem entsprechenden Bildungs- und Betreuungsangebot zu reagieren. Die Reform Bildungskleeblatt verspricht dies in vielen Teilen. Sie bringt erkennbare und planvolle Verbesserungen in unser bestehendes Schulsystem. Sie wird Ansprüche auf bessere Beteiligungschancen für unsere Kinder, Jugendlichen und ihre Familien erfüllen.

Wir wollen die Reform und wir wollen sie in sinnvoller Zeit durchziehen. Der Regierungsrat muss die Facts auf die zweite Lesung transparent im Gesetz darlegen, damit man die Kommissions- und Ratsarbeit seriös weiterführen kann. Es besteht auch die Möglichkeit einer dritten Lesung. Einen Grund zur Verschiebung gibt es also nicht. Es gibt keine Änderungen, die man nicht beraten könnte und "Warzenmittel" brauchen wir schon gar keins. Wir unterstützen keinerlei Rückweisungen. Änderungen am Gesetzesentwurf sind legitim. Sie können auf die zweite Lesung vertieft analysiert werden. Es handelt sich ohnehin nur um wenige Paragraphen, die angepasst werden müssen. Wir von der EVP wollen auch keine Spielchen vor den Wahlen mitspielen. Was wir wollen, ist eine gute, kompatible, öffentliche Schule mit möglichst hoher Chancengerechtigkeit. Die Bevölkerung und darunter vor allem auch die Lehrpersonen und die Leute an der pädagogischen Hochschule wollen Klarheit. Die können wir schaffen, indem wir alle Vorlagen heute behandeln und bestimmen, welche Gliedrigkeit wir an der Oberstufe wollen.

Eric Hofer, ein US-amerikanischer, sozialkritischer Philosoph sagte: "In Zeiten der Veränderung wird der Lernende die Erde erben, während die Erfahrenen aufs Beste gerüstet sind, für eine Welt, die es nicht mehr gibt." Die EVP tritt einstimmig auf die Vorlagen ein.

Dubach Manfred, SP, Zofingen: Heute steht nichts weniger als die Zukunft unserer Volksschule zur Debatte. Dies scheint in letzter Zeit unter dem Eindruck eines parteipolitisch und wahltaktisch begründeten Gezänks etwas vergessen gegangen zu sein. Es geht um die Zukunft derjenigen Institution, in der unsere Kinder und Jugendlichen einen grossen Teil ihres Lebens verbringen. Aber die Zukunft des Ortes, wo die Jungen auf das gesellschaftliche und berufliche Umfeld vorbereitet werden sollen, ist leider zum Zankapfel geworden. Es gab Zeiten, da hat man sich darüber gestritten, ob die Schule die Gesellschaft oder ob die Gesellschaft die Schule beeinflusse. In den meisten Parteien - auf jeden Fall in denen, die sich schon länger mit Bildung beschäftigen - ist heute das Primat der Gesellschaft unbestritten. Die Schule muss, wenn sie wirksam bleiben will, die Veränderungen der Gesellschaft aufnehmen und produktiv umsetzen. Diese unsere Gesellschaft erlebt seit einigen Jahrzehnten einen so schnellen Veränderungsprozess, wie ihn keine frühere Generation erlebt hat. Sie verändert sich rasant in Richtung vielfältiger Lebensentwürfe und hohem Stellenwert der Individualität, genauso wie dies in einer liberalen Umgebung zu erwarten ist. Man mag diese Entwicklung bedauern oder nicht, sie ist eine Tatsache. Mit dieser Veränderung haben sich auch Methodik und Didaktik der Schule verändert. Das Einzige, was in den letzten Jahrzehnten beharrlich konstant geblieben ist, ist die Organisation der schulischen Strukturen. Wie zur Zeit unserer Eltern sitzt immer noch eine Gruppe von gleichaltrigen Kindern in einem Schulzimmer und beschäftigt sich zur gleichen Zeit, in gleichem Tempo und der gleichen Tiefe mit dem gleichen Thema - von Individualisierung und von Vielfalt keine Spur. Für viele Politikerinnen und Politiker ist das die einzig denkbare Form von Schule, in der die Kinder eine Leistung erbringen. Dies geht sogar so weit, dass Leistung nur dann als Leistung anerkannt wird, wenn sie keinem Spass macht. Aber überprüfbar und direkt vergleichbar muss sie sein, diese Leistung, und eine Note muss man natürlich dafür bekommen. Wo würden wir heute stehen, wenn so berühmte Leute wie Einstein, Newton oder Boor bei der Leistung stehengeblieben wären, die vergleichbar ist und eine Note bekommt? Kinder sind ebenso wie die Erwachsenen nicht uniform und wollen auch nicht so behandelt werden. Deshalb brauchen wir eine Bildungsreform, in der die Bedürfnisse und Ansprüche des einzelnen Kindes im Mittelpunkt steht und nur diese. Es geht heute nicht um parteipolitische Profilierung. Es geht nicht um Wunschvorstellungen einer heilen Welt, welcher Provenienz auch immer. Es geht auch nicht um Themen für die kommenden Regierungsrats- oder Grossratswahlen. Es geht schlicht und einfach um mehr Chancengerechtigkeit für jedes einzelne Kind und dessen Gegenwart und dessen Zukunft. Die Verbesserung der Chancengerechtigkeit beginnt mit dem Teilblatt Tagesstrukturen. Die verschiedenen Angebote, die hier möglich sind, werden dafür sorgen, dass die Start- und Rahmenbedingungen für verschiedene Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten etwas näher beieinander liegen. Erfolgreiches

Erziehen ist dabei immer auf ein Konzept angewiesen, sei das in der Familie oder in der Tagesstruktur. Deshalb können wir hier auf keinen Fall auf die pädagogischen Grundsätze verzichten. Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, wie eine Erziehung ohne pädagogische Grundsätze funktionieren sollte. Der Vorwurf von Staatskindern zielt hier völlig ins Leere. Wer will denn einer Familie mit optimalen Bedingungen für ihren Nachwuchs die Kinder vom Mittagstisch wegnehmen? Niemand. Es geht um diejenigen Kinder, deren Situation dank der Tagesstrukturen verbessert werden könnte. Sie werden die Chance haben, eine sinnvolle Freizeit zu verbringen, unter Aufsicht ihre Hausaufgaben zu lösen oder ein gesundes Mittagessen zu bekommen. Aus der Sicht der Eltern ist es möglich, dass beide Elternteile einem ausserhäuslichen Beruf nachgehen und sicher sein können, dass ihre Kinder gut betreut sind. Auch bei optimalen Betreuungsbedingungen im Elternhaus oder in einer Kinderkrippe werden der Entwicklungsstand der Kinder und deren Fähigkeiten und Fertigkeiten bei Schuleintritt immer noch sehr unterschiedlich sein. Entwicklungsunterschiede bis zu vier Jahren sind heute keine Seltenheit. Deshalb müssen wir den Kindergarten, der sehr viele gute Ansätze aufweist, durch die Basisstufe ersetzen. Diese soll die Stärken des heutigen Kindergartens aufnehmen, dem einzelnen Kind aber zusätzlich ein individuelles Tempo für seine Entwicklung ermöglichen. Kinder entwickeln sich nicht sprungweise, sondern kontinuierlich. So hat die klare Trennung von Spielen im Kindergarten und Lernen in der Schule keine entwicklungspsychologische Grundlage. Um Unter- und Überforderung in Zukunft zu vermeiden, müssen wir von der Vorstellung eines konformen Einheitsschülers oder einer Standard-Schülerin Abschied nehmen. In der altersmässig gemischten Kindergruppe einer Basisstufe kann sich jedes Kind in der Form mit einem Thema beschäftigen, für welches es die geistige Reife schon erreicht hat. Zusätzlich ermöglicht die altersgemischte Gruppe ein breiteres Spektrum von sozialen Erfahrungen. Unterstützen und Hilfe annehmen gehören zum Alltag, so wie dies in der Freizeit der Kinder schon immer war. Die Basisstufe ermöglicht eine individuelle Beschleunigung der Schullaufbahn, ohne das Überspringen einer Klasse, was heute meist zu sozialen Konflikten führt. Es wird jedoch sorgfältig darauf zu achten sein, dass auf die Kinder kein Druck ausgeübt wird, um die Basisstufe schneller zu durchlaufen. Eigentlich müssten das Prinzip des individuellen Lerntempos in einem altersgemischten Klassenverband und dasjenige des Stufenwechsels bei Erreichen der Lernziele bis zum Abschluss der Volksschule beibehalten werden. Dies geht aber im Aargau noch an der politischen Realität vorbei und muss deshalb in das Reich der Vision verbannt werden. Der kleinste politische Nenner, der hierzulande möglich scheint, ist eine gegliederte Sekundarstufe I, unter einem Dach, mit Niveauekursen in einzelnen Fächern und einer hohen Durchlässigkeit zwischen den Zügen. Auch wenn diese Strukturreform noch weit hinter dem kühnen Wurf der Basisstufe zurückbleibt, bringt sie doch eine klare Verbesserung gegenüber dem heutigen starren dreigliedrigen System mit marginaler Durchlässigkeit, die zu schlechten Resultaten, vor allem in der Realschule führt. Eine auf das einzelne Fach bezogene individuelle Einstufung der Schülerinnen und Schüler wird so möglich. Ausserdem wird der gemeinsame Besuch des gleichen Schulhauses viel Konfliktstoff beseitigen. Räumliche Trennung führt immer zu Vorurteilen, die sich

heute häufig in Konflikten äussern.

Da eine ungegliederte Oberstufe erwiesenermassen im Pisavergleich der verschiedenen Länder die besten Resultate hervorbringt, kann der jetzt vom Zaun gebrochene Streit um des Kaisers zwei oder drei Bärte nur ein ideologisch und wahltaktisch motiviertes Scheingefecht sein. Es dürfte wohl kaum von grosser Bedeutung sein, ob Hauswirtschaft oder Turnen in zwei oder drei Niveaueklassen geführt wird. Damit die angesprochenen strukturellen Anpassungen ihre positive Wirkung entfalten können, braucht es für Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Lehrpersonen Rahmenbedingungen, welche die Umsetzung von Individualisierung und Differenzierung ermöglichen. Beat Unterräher, hast Du gehört, Individualisierung und Differenzierung, d.h. nicht, dass nicht mehr auf das einzelne Kind eingegangen wird.

Im Zentrum steht dabei das vierte Teilblatt des Klees, der Sozialindex. Je grösser die Anzahl der Kinder mit besonderen Unterstützungsbedürfnissen ist und je weiter diese Bedürfnisse auseinanderliegen, desto mehr Lektionen muss eine Gemeinde für diese spezielle Situation einsetzen können. Ohne Sozialindex wird aus der düngerbedürftigen Futterpflanze Klee wieder einmal ein genügsames Mauerblümchen. Wir werden den Antrag stellen, im ersten Jahr der Umsetzung mit einem grösseren Betrag für den Sozialindex zu starten, da homöopathische Dosen hier kaum eine Wirkung zeigen. Neben dem Sozialindex sind aber auch noch einige andere Rahmenbedingungen von Bedeutung: Sowohl die Grösse von stark belasteten Klassen als auch die Gesamtbelastung der Lehrpersonen müssen im Auge behalten werden. Weiter muss der Kanton dafür sorgen, dass Lehrmittel zur Verfügung stehen, die das differenzierende Unterrichten ermöglichen. Nicht zuletzt ist eine qualitativ gute Weiterbildung für die Lehrpersonen eine zwingende Voraussetzung für die Umsetzung der Reform. Die in weiten Kreisen befürchtete Überforderung der Lehrpersonen könnte die ganze Reform scheitern lassen. Die Kinder haben ein Anrecht auf motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die für ihre Anliegen und Bedürfnisse Zeit haben und ihren Auftrag in einer vernünftigen Arbeitszeit leisten können.

Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird jede Rückweisung ablehnen. Wir haben die nötigen Fakten auf dem Tisch. Eine Rückweisung würde die Verunsicherung der Lehrpersonen und der ganzen Schule verlängern und zu einer zusätzlichen Verschlechterung des Klimas in Lehrerkreisen beitragen, was sich wieder negativ auf die Schulqualität für die Kinder auswirkt. Ich habe es zu Beginn erwähnt: Es geht hier um nicht weniger als die Zukunft unserer Kinder. Sachpolitik muss heute den Vorrang vor Eigeninteressen und Wahlkampf haben. Unsere Schule hat es verdient.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Rückweisung sagen, wenn Eintreten und Rückweisen schon zusammen besprochen werden: Eine Rückweisung einzelner Teilblätter führt zwingend zu einer Verzögerung des ganzen Projekts. Auch das Teilblatt Sozialindex ist nicht mehr zu beraten, wenn wir die anderen zwei Teilblätter zurückweisen, weil es sich ja nur auf diese Klassen bezieht, die die Reform schon durchgeführt haben. Auch der Sozialindex wird also nicht in dieser Legislatur zu Ende beraten werden können. Eine neue Bildungskommission wird sich in die wie erlebt komplexe Materie einarbeiten müssen, was zu einer weiteren Verzögerung führen wird. Wir haben in unserem Kanton gerade deshalb für ein Gesetz zwei Lesungen vorgesehen,

damit über wichtige Veränderungen, die sich aus der 1. Lesung ergeben, noch einmal diskutiert werden kann. Mit der Rückweisung tun wir der Schule nun wirklich einen Bärendienst. Die Unsicherheit, auf welche Zukunft sich die Schule vor Ort und die einzelnen Lehrpersonen einstellen müssen, wird verlängert. Der Beruf der Lehrerin und des Lehrers wird weiter unattraktiv gemacht. Wer entscheidet sich schon für eine Zukunft, die man nicht einschätzen kann? So beeinflussen wir die wichtigste Rahmenbedingung für eine gute Schule, die Qualität und Motivation der Lehrpersonen, negativ. Erteilen Sie diesem rein wahltaktisch motivierten Antrag eine Abfuhr. Wir sind für das Wohl des Kantons Aargau gewählt worden und nicht nur für das Wohl unserer Parteien.

Eliassen Vecko Eva, Grüne, Obersiggenthal: Die Fraktion der Grünen steht nach wie vor für das Bildungskleeblatt ein. Aber wir wurden durch die plötzlichen Erdkrustenverschiebungen im Bildungsraum Nordwestschweiz und die dadurch ausgebrochene Hektik schon arg überrumpelt. Nach dem Sturm im Kleefeld der letzten Woche tun sich bei der Harmonisierung der Schulstrukturen auch für uns neue Fragen auf. Unsere Fraktion war von Anfang an unterschiedlicher Meinung, was die Oberstufe anbelangt. Wir konnten diese Änderung der Oberstufenstruktur und die jetzt vorgeschlagene Lösung nicht mehr ernsthaft diskutieren und möchten dazu eine Überarbeitung. Die grüne Fraktion möchte wegen dieser Frage die Reform nicht in Frage stellen und deswegen dieses ganze Blatt ausreissen. Wir sind der Meinung, dass es dafür kein Dekret braucht - die Dreigliedrigkeit war von Anfang an im Planungsbericht ein Thema. Es gibt dazu bereits Material, das aufgearbeitet werden muss, und das reicht alleweil bis zur 2. Lesung. Es geht eigentlich grundsätzlich um einen einzigen Paragraphen. Die meisten Auswirkungen sind im BKS bereits für den Planungsbericht geprüft worden und müssen aktualisiert werden. Wir hatten uns zusammengerauft und grundsätzlich die vorgeschlagene Zweigliedrigkeit unterstützt. Ich persönlich, berufliche Abnehmerin von Oberstufenschülern, bin nach wie vor von der Zweigliedrigkeit überzeugt, denn die Gefahr des Rückfalls in alte Muster ist bei der Dreigliedrigkeit gross. Wichtiger aber als die Zwei- oder Dreigliedrigkeit ist uns, dass der Niveauunterricht auch bei der dreigliedrigen Oberstufe machbar ist und dass die Durchlässigkeit innerhalb der Oberstufe in der Vorlage erhalten bleibt. Darüber lassen wir nicht mit uns diskutieren. Der Gang wird zwar auf drei Beinen um einiges schwerfälliger als auf zweien. Zur Machbarkeit des Niveauunterrichts und der Durchlässigkeit möchten wir rasch und ausführlich verbindliche Erklärungen auf die 2. Beratung. Diese neue Entwicklung hat auch Einfluss auf die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Diese muss womöglich neu betrachtet werden. Auch dazu hätten wir gerne überzeugende Auskünfte. Zur Klassengrösse muss man sich logischerweise auch nochmals Gedanken machen, und das nicht erst auf der Oberstufe, sondern bereits vorher. Denn es ist ein Unterschied, ob die Schüler auf drei oder auf zwei Stufen verteilt werden. Da sind 25 Schüler in einer integrativen Schule viel, zu viel - auch mit heilpädagogischer Unterstützung und Sozialindex. Aber der Kanton Aargau ist ja so gut bei Kasse, dass er es sich leisten kann, Steuersenkungen vorzeitig zu gewähren. So kann er auch für ein optimale schulische Integration kleinere Klassen ermöglichen. Trotzdem befürworten wir das

Bildungskleeblatt nach wie vor, so wie es aufgegleist worden ist und hoffentlich auch ohne weitere Abstriche zu Stande kommt. Wir sind der Meinung, dass diese Reform bisher seriös und fundiert angegangen wurde, und erwarten deshalb auch zu dieser neuen Entwicklung verbindliche Erklärungen. Wir sind uns bewusst, dass eine Schulreform immer Risiken in sich trägt, weil der Erfolg erst nach Jahren sichtbar und messbar wird. Dazu ein Bild aus einem ganz anderen Gebiet: Wenn Sie in ihrem Haus die Heizung sanieren müssen und Sie sich für die Maximalvariante entschliessen, Sie ihr Haus auf Minergie-P umrüsten, Sie Ihre alte Heizung mit einer Erdwärmeumluftheizung mit allen Umtrieben und Kosten, die dies mit sich bringt, ersetzen, dann tun Sie das in der Hoffnung, dass sich Ihr Effort in 10 bis 15 Jahren auszahlen wird. Sie machen das nun nicht rückgängig, weil andere Sonnenkollektoren für die Wasseraufbereitung geliefert worden sind als diejenigen, die Sie bestellt hatten. Sie werden die Lage neu beurteilen, denn sonst hätten Sie ja gleich nur den Heizkessel gegen ein neueres Modell austauschen können. Bei Ihrer Heizungssanierung wie bei einer Schulreform können Sie den tatsächlichen Gewinn erst in 15 vielleicht erst in 25 Jahren abschätzen. Sie kennen unsere Haltung zur Minergie, Sie dürfen getrost auf die Schulreform kurzschliessen. Wir sind für eine fundierte, weitsichtige Sanierung. Aber zeigen Sie uns bitte bis zur 2. Lesung, dass die gelieferten Kollektoren ohne Dekret funktionieren. Wir sind gegen alle Rückweisungsanträge.

Burgherr-Leu Thomas, SVP, Wiliberg: Für mich war schon lange klar, dass ich die Vorlage des überladenen Bildungskleeblatts nicht unterstützen kann und somit für eine Rückweisung einstehe. Störend für mich ist insbesondere die Eingangsstufe, mit welcher der Kindergarten abgeschafft wird. Aber auch die vorgeschlagene zweigliedrige Oberstufe, die integrative Bildung und die von oben diktierten und reglementierten flächendeckenden Tagesstrukturen sind für mich nicht annehmbar. Ich stehe aber heute nicht deswegen hier vorne, sondern wegen der Vorfälle und dem Vorgehen unseres Bildungsdirektors Rainer Huber. Dieser liess, wie wir heute schon mehrmals hörten, am letzten Mittwoch nach beendeter Kommissionsarbeit und sechs Tage vor der Debatte im Rat verlauten, er stehe jetzt wegen dem steigenden Harmonisierungsdruck in der Nordwestschweiz auch für eine dreigliedrige Oberstufe ein. Dieser "hubersche" Richtungswechsel, zwar in die richtige Richtung, war für das Aargauer Volk und auch für mich die Irritation der Woche. Meine Fraktion, etliche Grossräte dieses Rats, Wirtschaftsverbände, aber auch der Lehrerverband argumentierten schon lange, dass die zweigliedrige Oberstufe eine markante Qualitätseinbusse bewirken würde und dass wir im Bildungsraum Nordwestschweiz "gegen den Strom" schwimmen werden. Der Bildungsdirektor liess sich davon nicht beirren und hielt an seiner zweigliedrigen Oberstufe fest. Er pilgerte die letzten Monate mit einer sehr aufwändigen und nicht vergleichbaren Werbetour für das Bildungskleeblatt und insbesondere für die zweigliedrige Oberstufe durch den ganzen Kanton Aargau. An diversen Veranstaltungen wurde er genau auf die fehlende Harmonisierung aufmerksam gemacht. Auf diese Argumente ging er aber nicht ein. Scheinbar hat Herr Huber auch seine christliche Volkspartei ins Gebet genommen. Diese war bis anhin wenigstens gegen aussen geeinigt für die zweigliedrige Oberstufe. Nun konnte man aber am Samstag den Medien

entnehmen, dass die CVP Hearings mit der Wirtschaft und dem Lehrerverband abgehalten hat. Nun ist auch – Welch Wunder – plötzlich die CVP-Fraktion für die dreigliedrige Oberstufe. Das ist ja gut so, gescheiter werden darf man immer. Trotzdem haben wir heute ein Fiasko bezüglich der Beratung des Bildungskleeblatts, wir haben es schon verschiedentlich gehört. Es wäre total unvernünftig, wenn wir heute diese Vorlage nicht zurückweisen. Es wäre sehr gefährlich, heute plötzlich wieder die dreigliedrige Oberstufe irgendwie einzuflicken. Welche Variante wollen wir, ein zweijähriges Untergymnasium, das durchlässige Nordwestschweizer-Modell oder das bisherige bewährte Modell mit den drei Leistungszügen? Hier sind wir uns bestimmt nicht einig. Wir kennen zudem – und das ist sehr wichtig – auch die Kostenfolgen nicht. Daher gibt es für mich nichts anderes als diese Vorlage zurück an den Absender zu schicken. Nur so können wir sicherstellen, dass die Vorlage nicht zum Flickwerk und unsere Politik vor dem Volk unglaubwürdig wird. Herr Huber soll zur Kenntnis nehmen, dass mit dem Parlament und den grossräumlichen Kommissionen nicht so umzugehen ist, Demokratie funktioniert anders. Der Regierungsrat soll die vorliegende Botschaft korrigieren und anschliessend soll die Bildungskommission darüber beraten. Es ist klar, dass wir mit diesem Vorgehen Zeit verlieren. Diese ist aber sicherlich gut investiert. Die Verantwortung dafür ist aber nicht dem Parlament zuzuweisen. Die eingeplante Volksabstimmung zur Vorlage ist daher zu streichen, respektive auf ein noch unbestimmtes Datum zu verschieben. Klar ist das ärgerlich und gegenüber dem Volk sehr peinlich. Aber bedenken wir, bei dieser Vorlage geht es um die künftige Bildungspolitik unseres Kantons, es geht um die Bildung unserer Kinder und nicht zuletzt um das Ansehen unseres Kantons. Hier dürfen nicht plötzlich kurzfristige wahltaktische Manöver ausschlaggebend sein. Daher bitte ich Sie sehr, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die Vernunft walten zu lassen und diese unglückliche Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen. Alles andere wäre meiner Ansicht nach gegenüber unserer Schule und deren Kinder komplett unverantwortlich.

Glarnen Andreas A., SVP, Oberwil-Lieli: Was für ein himmeltrauriges Spiel wird denn hier gespielt? Wie von uns bereits vor einer Woche befürchtet, ist der Bildungsdirektor in der wichtigen Frage der Zwei- oder Dreigliedrigkeit gekippt. Natürlich wird jetzt alles schön geredet, natürlich hat er seine Fraktion im Rücken, die auch gleich in seinem Auftrag die "Rechtsumkehr-Anträge" stellt. Nur warne ich hier: Allzu sehr kann man die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons nicht an der Nase herumführen. Schon Abraham Lincoln sagte: "Man kann einen Teil des Volks die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen." Darum erlaube ich mir hier, einige Herren an ihre vor nicht allzu langer Zeit hier im Saal abgegebenen Voten zu erinnern.

Anlässlich der Grundsatzdebatte vom 25. September 2007, als wir bspw. die CVP-Fraktion darauf ansprachen, dass ihre Mitglieder offensichtlich nach Instruktionen stimmen, antwortete uns ein gewisser Franz Hollinger aus Brugg: "Selbstverständlich stimmt die CVP-Fraktion nicht auf Instruktion, wir kennen das Führerprinzip nicht." Heute lernen wir, dass es gelogen war. Ein gewisser Otto Wertli sagte uns, als wir uns für die Dreigliedrigkeit einsetzten:

"Wir haben die zweigliedrige Oberstufe vorgesehen und meinen, mit den Niveaustufen den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht zu werden." Der gleiche Otto Wertli sagte: "Zudem bin ich ein bisschen über die Form des Antrags überrascht, er kommt sehr spät und wir konnten darüber nicht diskutieren. Wir hatten diesen Vorschlag nie, auch nicht in der Phase, als wir darüber sprechen konnten. Mir kommt es ein wenig wie beim "Leiterlispiel" vor, zurück zum Start, mindestens was die Thematik der Sekundarstufe I anbelangt. Mit dem, was wir im Leitsatz 6 vorgelegt haben, wissen wir, was wir haben. Wir haben es diskutiert und konnten die Konsequenzen abschätzen. Für mich gilt dieser Leitsatz 6, wie er hier steht, immer noch." Dies sagte Otto Wertli vor knapp einem Jahr. Manfred Dubach sagte: "Heute scheint im Grossen Rat eine Hektik ausgebrochen zu sein. Sogar die FDP-Fraktion, die finanzielle Abenteuer eher meidet und sich vehement für einen effizienten Ratsbetrieb einsetzt, bringt im allerletzten Moment einen unausgegorenen Vorschlag, dessen finanzielle Konsequenzen von niemandem hier beurteilt werden können und der nicht einmal im Ansatz in der Kommission besprochen werden konnte." Lieber Manfred Dubach, was bringt Ihr denn hier und heute? Genau dasselbe, einen unausgegorenen Vorschlag, der in keiner Kommission besprochen werden konnte. Zurück zu Otto Wertli: "Das bietet uns doch eine sehr grosse Unsicherheit, wie es nun weitergehen soll und hat Konsequenzen für die Lehrerschaft, welche im Ungewissen sein werden, was nun geschehen soll. Weiter gibt es Konsequenzen für Planungsfragen, weil man jetzt nicht weiss, was geplant werden muss." Ja "Heimatland noch mal", genau das habt ihr heute im Sinn. Ein gewisser Rainer Huber, seines Zeichens Regierungsrat, sagte: "Es gibt weltweit kein uns bekanntes, erfolgreiches dreigliedriges Stufensystem. Jede Dreigliedrigkeit führt zur Problematik einer Restschule, die wir bestens kennen." Dann sagte Rainer Huber weiter: "Das sind alles Lehrpersonen mit Erfahrung, die die Probleme kennen. Sie haben uns ganz klar die zweigliedrige Oberstufe als einzige Möglichkeit zur Lösung Ihres Problems aufgezeigt." Und er sagte weiter: "Bei der Dreigliedrigkeit bleiben die heutigen Probleme bestehen. Es wäre eine Kapitulation in dem Sinne, dass wir nicht bereit sind zu akzeptieren, was jede wissenschaftliche Studie aufzeigt." Ja Heimatland, und heute ist alles anders?! Der gleiche Regierungsrat sagte: "Wir haben eine zunehmende Verunsicherung der Lehrpersonen. Auf der Sekundarstufe I wird die Verunsicherung auf einige Jahre hinaus zusätzlich ausgebaut. Die besten Personen werden uns verlassen, die werden uns dann fehlen. Wollen wir das oder wollen wir dieses Risiko nicht eingehen? Die Verzögerung ist für die Lehrpersonen und die Gemeinde eine mittlere Katastrophe. Wenn wir die Lohnkosten abgesehen von diesen Investitionskosten von rund Fr. 110 Mio. rechnen, dann haben wir – wir haben das schon einmal hochgerechnet – jährlich wiederkehrende Lohnmehrkosten von rund Fr. 20 Mio." Diese Kosten verursacht Rainer Huber, nicht wir. Weiter sagte Rainer Huber: "Wir hätten also 10 bis 15 leerstehende Oberstufenstandorte, Investitionen in der Grössenordnung von 100 bis 110 Mio. Franken mit entsprechender Verzögerung. Wollen wir das? Das sind Punkte, die wir überlegen müssen, bevor wir den Entscheid für eine dreigliedrige Oberstufe fällen. Diese Behauptung ist nicht einfach in den Wind gesetzt. Wir haben dieses Wochenende seriös gearbeitet, weil wir das gerüchteweise am Samstag zugetragen bekommen haben. Das hat mich

nach 30 Stunden Kommissionsarbeit auch überrascht. Aber wir sind damit fertig geworden. In diesem Sinne kann ich nichts anderes tun, als Ihnen mitzuteilen, dass der gesamte Regierungsrat die Meinung vertritt, dass er eine zweigliedrige Oberstufe, und zwar aufgrund aller Ausführungen, die ich gemacht habe, will und dass die dreigliedrige Oberstufe pädagogisch, von der Planungssicherheit her und wirtschaftlich für die Arbeitswelt eine sehr schlichte Lösung ist." Dann fragte ein gewisser Urs Haeny aus Oberwil-Lieli: "Das ist doch die Frage, die wir uns stellen müssen. Wenn die Nordwest-Schweizer-Kantone eine dreigliedrige Oberstufe führen, macht es doch keinen Sinn, wenn der Kanton eine zweistufige führt." Wieder sagte Rainer Huber: "Der Bildungsdirektor des Kantons Solothurn sagte mir ganz klar, sie hätten es nach langer Arbeit endlich geschafft, von fünf parallelen Zügen, von einer fünfgliedrigen Oberstufe, auf drei zu reduzieren, und fügt an, sie würden es auch in den nächsten Jahren schaffen, von diesen drei Zügen auf zwei zu reduzieren." Ist das alles falsch, Herr Huber? Noch ganz kurz: "Die Dreigliedrigkeit führt gezwungenermassen zu einer Restschulproblematik. Das wollen wir nicht. Es ist nicht so, dass wir nicht hätten Änderungen vornehmen wollen. Aber ich kann nicht solche vornehmen, die im luftleeren Raum schweben und nicht auf die Rahmenbedingungen des Systems abgestützt sind. Solange wir diese Dreigliedrigkeit haben, haben wir in Gottes Namen eine sehr schmale Breite in der Realschule." Nun komme ich zum Schluss: Wollen Sie hier einen finanzpolitischen Blindflug veranstalten? Wir haben keine Ahnung, wo es hinführen soll, auf wie viel es sich belaufen wird. Es sind nur einige, nur ganz wenige Zitate aus den Beratungen des 25. September 2007. Was für eine "himmeltraurige Falle", meine lieben Freunde und Freundinnen von der CVP-Fraktion, machen Sie denn hier? Wie wollen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern diesen Schwenker beibringen? Steht das "C" überhaupt noch für irgend etwas? Sicher nicht mehr für christlich oder charakterstark. Rainer Huber sagte mir an einer Veranstaltung in Wohlen, als ich ihn auf das ursprüngliche Wahlversprechen, das er ja zweimal wiederholte, in Sachen Dreigliedrigkeit ansprach, er dürfe doch wohl noch gescheiter werden, das sei schliesslich nicht verboten. Wie müssen wir dieses Rechtsumkehrmanöver verstehen? Ist der geschätzte Bildungsdirektor nun wieder - nein, man wagt es gar nicht zu denken. Und was, wenn er nochmals bei einem anderen Kleeblatt schwenkt und gescheiter wird? Um Gottes Willen liebe CVP-ler, hoffentlich bleiben uns weitere derartige Schwenker erspart! Wenn Sie noch einen Funken Anstand, Ehre und Pflichtgefühl im Leibe haben, dann helfen Sie mit, dass diese Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen wird. Wir von der SVP-Fraktion sind zumeist Nassrasierer - ich hoffe, Sie auch, weil das zur Folge hat, dass man jeden Morgen in den Spiegel schauen muss.

Dr. Brunner Andreas, CVP, Oberentfelden: Die CVP-Fraktion will auf das Geschäft Bildungskleeblatt eintreten und alle Kleeblätter behandeln. Ich glaube, es ist immer noch ein bisschen eine Krux, man weiss nicht so recht, ob man nicht eintreten will oder ob man zurückweisen will. Die Führung einer Schule ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Kantons. Die Schule ist kein statisches Gebilde, sondern muss sich den sich ändernden Gegebenheiten des Umfelds anpassen. Die Schule muss verschiedensten Ansprüchen genügen. Ein Anspruch ist die Vorbereitung auf

das Berufsleben und zwar im Bereich der fachlichen wie auch der sozialen Kompetenz. Die Veränderung des Berufsumfelds geht, wie wir es alle wissen, rasch vor sich. Früher wurde versucht, mit vielen rasch aufeinanderfolgenden Reformen die Schule alltagstauglich zu erhalten. Diese Reformen waren meist Reaktionen auf Vorstösse aus unserer Mitte. Der heutige Bildungsdirektor will eine Gesamtreform durchführen und auch viele Umfeldfaktoren einfließen lassen. Hier reagiert der Bildungsdirektor zum Teil auf Vorstösse, zum Teil auf vorgebendes Bundesrecht. Die der heutigen Botschaft vorausgehende Kaskade mit Planungsbericht und Leitsätzen wurde vom Parlament genehmigt. Eines zeichnete sich von Anfang an ab: Wie übrigens auch beim Baugesetz wollte die SVP-Fraktion von einer Gesamtreform nichts wissen. Beat Unternährer hat uns gesagt warum. Unter anderem fielen die Worte, wenn wir hier eintreten würden, würden wir den Untergang der Volksschule einläuten. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die entsprechenden Berichte ab. Die genehmigten Berichte und die daraus entstandene Botschaft basieren auf einer zweigliedrigen Oberstufe. Gleichzeitig stehen wir in einem geographischen Umfeld, das eine Harmonisierung der Schulstrukturen voraussetzt, um eine Verfügbarkeit der Frauen als Arbeitskräfte sicherzustellen. Die uns umgebenden Kantone der Nordwestschweiz haben nun aus unserer Sicht leider in diesem Sinne vornehmen lassen, dass sie die dreigliedrige Oberstufe vorziehen. Die CVP-Fraktion hat nach Anhörung von Vertretern aus Wirtschaft und der Lehrerschaft die Botschaft mit auf den Weg bekommen, der Harmonisierung bei der Gewichtung den Vorzug zu geben. Noch vor den Sommerferien war nicht klar, in welche Richtung die beiden Basler Kantone tendieren würden. Aufgrund dieser Begebenheit hat die CVP-Fraktion eine Lagebeurteilung vorgenommen und sich unter den gegebenen Umständen für die Dreigliedrigkeit ausgesprochen. Otto Wertli hat gesagt unter welchen Umständen. Die CVP-Fraktion hat diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen, aber die politische Realisierbarkeit der Zweigliedrigkeit tendiert gegen Null. Die CVP-Fraktion will keinen Scherbenhaufen produzieren, sondern tragfähige Lösungen. Diese sieht bei allen Kleeblättern vor, dass wir die Diskussion heute führen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere an Sie hier in diesem Saal, das Bildungskleeblatt ist jetzt reif für die Behandlung. Der Sozialindex muss eingeführt werden. Er war auch im Prinzip immer unbestritten. Die Tagesstrukturen werden von den berufstätigen Eltern mit Kindern mit Nachdruck gefordert. Wir können doch nicht mit teurem Geld junge Leute ausbilden, die beim Kinderwunsch gewissensmässig in eine Zwangslage geraten, weil sie nicht auf ein ausgebautes Tagesstruktur-Konzept zurückgreifen können. Nicht alle haben ihre Grosseltern in der Nähe. Ich bin davon überzeugt, dass dies ein Standort-Vorteil für den Kanton Aargau ist, einige Firmen bieten das bereits betriebsintern an. Die CVP-Fraktion hat auch unmissverständlich klar gemacht, letztmals letzte Woche auf eidgenössischer Ebene, dass die Benützung der Tagesstrukturen freiwillig sein muss. Den Vorwurf, dass wir Staatskinder produzieren wollen, lassen wir unter keinen Umständen auf uns sitzen und weisen ihn ins Reich der böswilligen Unterstellungen. Die Harmonisierung ist ein vom Volk geäussertes Wunsch, in Abstimmungen erhärtet. Alt-Nationalrat Schlüer konnte bei einem Statement in Radio DRS als Antwort auf die Frage, was er von HarmoS halte, nur gerade das Eintrittsalter von vier Jahren als Negativpunkt

anführen. Dabei heisst der Gesetzestext klar "vollendetes viertes Altersjahr". Die CVP-Fraktion will dieses Kleeblatt noch in dieser Legislaturperiode beraten. Lehrerschaft, Wirtschaft, Eltern und Gemeinden wollen Klarheit haben. Die guten Lehrer ziehen ab. In vielen Gemeinden weiss man nicht, wie es weitergehen soll, wenn wir hier einen Stopp einlegen. Wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir keinen Nullentscheid treffen. Es bleibt ein schaler Nachgeschmack, wenn einerseits beklagt wird, die heutige Schule produziere zu viel Ausschuss, die Lernenden haben nicht mehr dasselbe Niveau wie früher, andererseits wird aber in der Diskussion so getan, wie wenn wir jetzt in der besten aller Schulwelten leben würden. Es wird moniert, das vorgeschlagene Schulmodell senke das Niveau. Nicht alles war an der gestrigen Schule schlecht, aber das Umfeld damals war doch ein bisschen anders: weniger Ausländer, weniger Mobilität, weniger Individualität, weniger Einfluss des Elternhauses, mehr Autoritätsglauben. Da muss sich doch die Schule ändern, die Lernenden sind nicht mehr dieselben, die Eltern auch nicht. Die nordischen Länder haben uns in diesen Fragen viel vorgemacht. Laut Pisastudie ist dort das Niveau trotz Niveaugruppenunterricht nicht gesunken, sondern gestiegen. Unterstützen Sie den von Otto Wertli vorgeschlagenen Weg.

Plüss-Mathys Richard, SVP, Lupfig: Heute stehen wir vor einer sehr wichtigen Entscheidung, wohin wir unser Schulsystem bewegen und verändern wollen. Qualitätsabbau oder Qualitätssteigerung ist heute und vor allem seit der Kehrtwende des Regierungsrats zur Gewissensfrage geworden. In all den vorbereitenden Stationen, aber auch an öffentlichen Vorträgen hat der Regierungsrat der Gegnerschaft immer wieder mit wissenschaftlichen Zitaten für ein zweigliedriges Oberstufenmodell argumentiert, wie wichtig diese Veränderung und wie pädagogisch nachweislich begründbar sie sei. Diese Argumentation wurde aber auch von einem grossen Kreis der Lehrerschaft, welche ja die umsetzenden Pädagogen sind, immer wieder widerlegt und angezweifelt. Für mich ist ein zweigliedriges Oberstufenmodell nebst der Eingangsstufe immer noch eines der Killerkriterien dieser Bildungsreform. Von anderen Kantonen werden wir um unsere Aargauer Bezirksschule benieden, von der wir wissen, welchen Qualitätsstandard sie hat und welche Anschlussmöglichkeiten sie bietet. Wollen wir dieses bewährte Element gegen einen Oberstufenmix eintauschen, von dem wir nicht wissen, was daran besser werden soll? Wollen wir mit einer Vermischung von Kleinklasse, Realschule und Sekundarschule eine Multi-IQ-Klasse bilden, welche auch noch die bewährte Sekundarschule in den Abgrund reisst und deren Leistungsprofil verbessert? Nein, das will ich und das will die geschlossene SVP-Fraktion nicht. Das wollen viele Lehrkräfte und hoffentlich sicher viele Eltern nicht. Dass es aber auf den Stufen der Kleinklasse und Realschule Korrekturen braucht, welche diesen jungen Menschen Anschluss an die Wirtschaft und an das Berufsleben bietet, das ist unbestritten.

Eine Einschulung mit vier Jahren und eine Basisstufe über vier Jahre ist für mich ebenfalls ein Eingriff in die Familie. Auch eine Durchmischung von Kleinkindern, welche in diesen vier Entwicklungsjahren sehr grosse Fortschritte machen, hat zur Folge, dass der Achtjährige vom Kleinsten, der noch Nuggi und Windeln braucht, abgelenkt und gelangweilt wird. Quer dazu, aber leider nicht mehr

Bestandteil dieser Bildungsreformdebatte, kommt noch die Integration von Lernschwachen und Lerngestörten, welche je nach Stärke ihrer Behinderung oder je nach Anzahl lernbehinderter Kinder den Unterricht massiv stören, den Lernfortschritt verzögern oder einen Schulbetrieb sogar verunmöglichen. Wie man da noch von Begabtenförderung sprechen kann, ist für mich mehr als fraglich. Weiter sehe ich eine sehr grosse Gefahr für die Rekrutierung von jungen Lehrkräften, welche sich unter diesen Umständen und all den anderen bevorstehenden oder schon umgesetzten Kompetenzveränderungen noch für ein Lehrerstudium anmelden.

Aus diesen Gründen ist für mich diese Vorlage überladen, nicht ausgereift, nicht erprobt, zu kostspielig für Kanton und Gemeinden und zu kostspielig dafür, dass unsere neue Schulgeneration zum Experimentierteil werden soll. Wir wollen eine leistungsstarke Schule, welche wirtschaftsorientiert unterrichtet, klar abgrenzt und den jungen Menschen nach Erfüllung der obligatorischen Schulzeit eine Anschlussmöglichkeit ans Berufsleben bietet. Aus diesen Gründen lehne ich diese Schulreform ab und hoffe, dass diese Vorlage schon im Parlament und sicher spätestens bei einer Volksabstimmung keine Mehrheiten finden wird. Ich bitte Sie, schon beim Eintreten klar abzugrenzen und die gesamte Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Leitch-Frey Thomas, SP, Wohlen: Es war nicht meine Absicht, in der Eintretensdebatte zu sprechen. Was wir aber heute zu hören bekommen, lässt uns die Haare zu Berge stehen. Inhaltlich kann man durchaus unterschiedlicher Meinung sein, wie die Gesellschaft auf die heutigen Probleme reagieren soll. Zwar meinen einige man müsse gar nichts unternehmen. Marcel Guignard, was dem Regierungsrat jetzt formal vorgeworfen wird, ist schlicht und einfach unfair. Es vermittelt den Menschen, die jetzt auf den Tribünen fehlen und den ganzen Prozess nicht von Anfang an mitgemacht haben, ein völlig falsches Bild. Marcel Guignard, man kann doch heute nicht so tun, als seien diese Vorlagen nicht äusserst sorgfältig vorbereitet und demokratisch einwandfrei abgesehen worden. Das ist nicht nur eine Desavouierung des Gesamtregierungsrats, sondern auch aller Parlamentsmitglieder, die in den Kommissionen während zweier Jahre Arbeit geleistet haben, nämlich gute Kommissionsarbeit und gute Arbeit in den Mitberichtscommissionen. Daniel Heller, Du kannst den Kopf schütteln, aber es ist einfach so.

Gerne möchte ich Ihnen ein kleines Update zur Erinnerung geben: Mitte Dezember 2006 hat der Regierungsrat den Planungsbericht Bildungskleeblatt in die Vernehmlassung geschickt. Daran haben sich rund 1'000 Verbände, Parteien und Einzelpersonen beteiligt. Die meisten Rückmeldungen waren positiv. Im 94-seitigen Planungsbericht, der neben pädagogischen Überlegungen auch ausführlich die Finanzierung des Vorhabens aufzeigte, wurden zahlreiche Anliegen der Bevölkerung aufgenommen. Die grossräthliche Bildungskommission hat Mitte Juni 2007 nach 16-stündiger Debatte die Wirkungsziele und Leitsätze des Planungsberichts mit einigen Änderungen grossmehrheitlich und völlig demokratisch verabschiedet. Weitere grossräthliche Kommissionen haben Mitberichte verfasst. Das Parlament hat am 25. September 2007 das Bildungskleeblatt verabschiedet und damit die Grundlage für die nötigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen, die heute vorliegen,

gelegt. Dazu wurde von Dezember 2007 bis März 2008 wiederum eine breite Vernehmlassung durchgeführt. Danach hat die Kommission völlig demokratisch in 1. Lesung die Gesetzesvorlagen zu Händen des Grossen Rats vorbereitet. Weitere Kommissionen konnten Mitberichte verfassen, sodass wir eine glasklare Auslegeordnung haben. Alle wichtigen Bestimmungen sind - wie in der Verfassung gefordert - in Gesetzesform gekleidet. Nun wollen diejenigen, welche nicht eintreten wollen, ganz von vorne anfangen und die ganze Reform auf die nächste Legislatur verschieben.

Verehrte Damen und Herren, das hatten wir schon einmal. Als der damalige Regierungsrat Peter Wertli die Reform durchführen wollte, verschoben wir sie auf die nächste Legislatur. Was ist dabei herausgekommen? Überhaupt nichts. Alles wurde abgeschmettert. Wollen Sie wirklich diesen Scherbenhaufen? Auch Rückweisung steht auch im Raum. Damit werden die dringenden Reformen, an denen wir nun zwei Jahre lang gearbeitet haben und über die letztlich das Volk entscheidet, weiter hinausgeschoben. Beat Unternährer, damit entsteht das eigentliche Fiasko. Einzelne Exponenten der SVP scheinen mir überaus weit weg vom heutigen Schulalltag und blenden die gesellschaftlichen Realitäten aus - aus welchen Gründen auch immer. Der Leidensdruck in einzelnen Gemeinden ist enorm. Fragen Sie einmal in Spreitenbach, Neuenhof oder Wohlen. Nicht nur die Eltern und Lehrpersonen, auch die Schul- und Gemeindebehörden wollen endlich Klarheit. Diese Klarheit sind wir nicht zuletzt den Kindern schuldig. Was hat sich nun an der ganzen Sache geändert? Ein einzelner, ich gebe zu, wichtiger Punkt in der grünen Harmonisierungsvorlage hat sich geändert. Es ist ein Punkt, über den wir heute durchaus entscheiden können. Die notwendigen Anträge werden gestellt. Wir könnten hier und heute darüber diskutieren, ob wir eine zwei- oder dreigliedrige Oberstufe wollen und es im Gesetz festnageln. Per Dekret könnten wir bspw. die Ausführungsbestimmungen festlegen.

Ich würde ja nichts sagen, wenn wir schon in der 2. Lesung wären. Wir befinden uns in der 1. Lesung und können zu Händen des Parlaments sämtliche offenen Fragen, wie die finanziellen und räumlichen Auswirkungen, klären. Ich begreife die FDP-Fraktion nicht, dass sie die Eingangsstufe ebenfalls zurückweisen will, die Sie doch grundsätzlich bejaht. Wir könnten es doch elegant lösen, wenn wir darauf eintreten würden und keine Rückweisung hätten, würde ich nämlich einen Prüfungsantrag zu den §§ 19 und 20 im grünen Harmonisierungsteil stellen, damit man dies in die Eingangsstufe hineinnimmt. Das kann dann auf die 2. Lesung geschehen. Dann kann auch die Harmonisierungsvorlage vom Volk abgelehnt werden, wenn das passieren sollte. Trotzdem kann die Eingangsstufe mit der von der Eidgenossenschaft geforderten Struktur 8 Jahre Eingangsstufe, 3 Jahre Oberstufe eingeführt werden. Wir haben im Jahr 2006 darüber abgestimmt. Zumindest könnten wir sehr wohl die Eingangsstufe heute besprechen und beschliessen. Denken Sie daran, es ist die 1. Lesung. In der 2. Lesung haben diejenigen, denen die Vorlage immer noch nicht passt, die Möglichkeit, sie zurückzuweisen. Aber doch nicht nach all der Arbeit hier und heute. Das begreift auch in der Bevölkerung niemand, auch nicht diejenigen, die dagegen sind. Viele Gemeinden haben sich bereits darauf eingestellt und die Schulraumfrage geklärt. Stellen Sie sich die Reaktion nach all diesen Vorarbeiten vor, wenn wir heute nicht eintreten. Dann geht es erst recht wieder von vorne los.

Sogar den Planungsbericht müsste man theoretisch neu erstellen. Wenn wir zurückweisen, verschieben wir es ebenfalls in die nächste Legislatur.

Wahlen hin oder her, ich bitte Sie wirklich, überdenken Sie diesen Entscheid noch einmal. Es wäre im Sinne unserer Schule, der Lehrpersonen, der Eltern und der Behörden - ich wurde deshalb auch von sehr vielen Behörden angeschrieben.

Dr. Stüssi-Lauterburg Jürg, SVP, Windisch: Thomas Leitch, bitte etwas weniger mit Steinen werfen, es könnte eine Scheibe in Brüche gehen. Du hast zu früh interveniert, Katharina Kerr. Unsere Diskussion ist surreal. Die Classe Politique hat einmal mehr unter Ausgrenzung der SVP und einiger weiterer Kolleginnen und Kollegen alles im Stillen vereinbart und mimt hier die demokratische Debatte. Das sind vielleicht harte Worte, aber lesen wir doch was im VPOD "dialog" 41 steht: "Am 26. August wurde das Bildungskleeblatt in 1. Lesung im Grossen Rat behandelt. In den grossen Zügen blieben die Reformen unbestritten. Die 2. Lesung geht im November 2008 über die Bühne. Der VPOD "dialog" wird in der Oktobernummer darüber berichten." Sie haben richtig gehört: alles vor der Debatte. Was sollen wir tun? Wir werden uns nicht provozieren lassen und jeden Schritt des Weges geduldig und seriös mitdiskutieren. Wir wollen nur nicht, dass man glaubt, wir merken nicht, was hier gespielt wird. Sollte der dargelegte Plan wider Erwarten seiner Urheberinnen und Urheber nicht von Erfolg gekrönt sein und die demokratische Diskussion die Oberhand behalten, umso besser. Merken wir uns aber die Vorgehensweise. Wir werden sie nicht immer so gut und so klar illustriert bekommen.

Böni Fredy, SVP, Möhlin: Mein Votum betrifft die Kostenfolgen und den Überwachungsmethoden des BKS. Am 24. April 2008 hatten wir ein überparteiliches Podium in Möhlin mit zwei Befürwortern und zwei Gegnern des Bildungskleeblatts ohne Anwesenheit von Regierungsrat Huber organisiert. Anwesend war jedoch ein Mitarbeiter des Departements BKS, Herr Aeberli. Anfangs gab er sich nicht zu erkennen, aber er notierte sich sämtliche Aussagen der Referentinnen und Referenten inklusive sämtlichen Aussagen aus dem Publikum. Herr Aeberli bestätigte mir im Anschluss an das Gespräch sein Vorgehen. Als Gemeindeammann unserer 9'500 Einwohner zählenden Gemeinde Möhlin habe ich dem Planungsbericht zum Thema Schulraumplanung auf Stufe Gemeinden nicht getraut und habe bei der gleichen Firma eine Studie über die künftigen Kosten und Investitionen im Rahmen einer Auslegeordnung überprüfen lassen. An dieser besagten Debatte habe ich mich sehr kritisch über die Kostenprognosen des Departements BKS in Bezug auf die Gemeinden geäussert. Die Studie hat nämlich ergeben, dass die Prognosen einerseits auf Wachstum beruhen. Dies kam aus dem Planungsbericht nicht zum Ausdruck. Andererseits kam die Studie bezüglich der Bildungskleeblattkosten zu einem Ergebnis, das mich fast umgehauen hat. Für unsere Gemeinde sind Investitionen und Kostenfolgen von 9,8 Mio. Franken zu erwarten, z. B. für neue Schulbauten, Turnhallen usw. 50% der Folgekosten sind auf das Bildungskleeblatt und etwa 50% auf das Wachstum unserer Gemeinde zurückzuführen. Nun kommt, was mich total entrüstet und hier zu diesem Votum veranlasst habe. Es passierte anlässlich einer Kommissionssitzung, an welcher auch der

Podiumsteilnehmer Thomas Leitch teilgenommen und die Frage gestellt hat, ob der Gemeindeammann von Möhlin diese Kostenfolgen richtig erläutert hat. In dieser Kommissionssitzung hat mich Herr Regierungsrat Huber wörtlich der Lüge bezichtigt und das, obwohl er an dieser Podiumsdiskussion nicht anwesend war.

Ich habe die Kostenfolgen für unsere Gemeinde nochmals verifizieren lassen. Sie bewegen sich weit über den Kostenangaben des Departements BKS. Es war mir klar, dass Herr Aeberli alles protokolliert und an Herrn Huber weitergegeben hat, sonst hätte der Bildungsdirektor ja nicht wissen können, was gesagt wurde. Nach meiner Auffassung ist hier eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit geschehen. Dieser Eingriff ist wirklich betrüblich. Es ist betrüblich, wenn man nicht mehr seine freie Meinung zu etwas sagen kann, das auch beim neuen dreigliedrigen Oberstufen-Modell noch nicht klar ist, nämlich wie die Kostenfolgen sein werden.

Bis heute habe ich vom Departement BKS keine Mitteilung erhalten, welche Kostenfolgen entstehen. Die Studie werfen wir in den Mülleimer und lassen eine neue Studie machen. Sie wird vermutlich in ähnlicher Form ausfallen. Kaufen Sie bitte nicht die Katze im Sack, liebe Gemeindevertreter. Sie haben es hinterher zu vertreten. Bildungspolitik ist die eine Seite, die andere Seite sind Kostenfolgen und Investitionen. Ich bitte Sie deshalb, das Ganze zurückzuweisen, damit die Kostenfolgen für diese dreigliedrige Form klar eruiert werden können und wir sie an einer nächsten Sitzung, nachdem die Kommission darüber beraten hat, in diesem Rat thematisieren können.

Nadler-Debrunner Kathrin, SP, Lenzburg: Jürg Stüssi, was wird hier gespielt? Mich dünkt ein Trauerspiel! Wir stehen heute am Punkt, die Weichen für unsere Kinder, die Lehrpersonen und für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu stellen. Jetzt ist es Zeit zu entscheiden. Jetzt ist es Zeit, die Weichen zu stellen.

Die Herausforderungen und Probleme warten nicht, bis wir endlich soweit sind. Sie fordern und überfordern das System weiter, so wie die Menschen, die tagtäglich darin arbeiten. Die Schule Aargau ist jetzt auf die Reform aller Bereiche angewiesen. Die SVP tritt all die Menschen, die tagtäglich in der Schule stehen und ihre Arbeit unter zum Teil schwierigen Verhältnissen verrichten und auf Verbesserungen unsererseits hoffen, mit ihrem Nichteintreten mit Füßen. Vor Ort sind die Schulen tagtäglich gefordert, Lösungen zu suchen, und dies heute ohne die Unterstützung des Kantons. Ein Nichteintreten ist eine klare Abwertung der Arbeit vieler Lehrpersonen. Mit der Rückweisung einzelner Bereiche blockieren Sie Entwicklungen und riskieren teilweise einen Kollaps des Systems, wenn Sie sich einmal mehr den Entscheidungen entziehen, sie herauszögern und zuwarten. Ich bin hier nicht für die Untergangsstimmung zuständig, aber die hohe Burn-out-Rate unter den Lehrpersonen spricht Bände.

Wir können nicht länger wegsehen und glauben und befürchten, was alles eintreten könnte, wenn irgendwann einmal etwas geschieht. Es stimmt mich nachdenklich zu hören, dass diejenigen, die den sogenannten Schwenker provoziert haben, den eigenen Vorschlägen ahnungslos gegenüberstehen. Denken Sie sich denn Vorschläge aus, ohne die Konsequenzen, auch die finanziellen, zu bedenken? Nur weil wir alle hier mehr oder weniger erfolgreich das jetzige System durchlaufen haben, heisst es noch lange nicht,

dass es das Bestmögliche ist. Seit Jahren wird insbesondere von der SVP die Entwicklung in der Schule blockiert. Kann es sich die Wirtschaft wirklich leisten, leistungsrelevante Komponenten bei ihrer Entwicklung zu negieren. Das System Schule leistet sich dies seit Jahrzehnten. Alle relevanten Faktoren, die auf Verbesserungen hinweisen und empirisch belegt sind, werden in den Wind geschlagen. Die PISA-Studien haben es zur Genüge aufgedeckt, wo Handlungsbedarf in unseren Schulen besteht. Wir haben über 90 Schulen im Kanton. Würden Sie behaupten, dass all diese Schulen auf dem falschen Wege sind, die Herausforderungen im Umgang mit der Heterogenität zu meistern. Sach- statt Wahlentscheide stehen heute an und sind gefragt. Wir sind hier, um gesetzliche Rahmenbedingungen für praktikable, zukunftsgerichtete Lösungen für zum Teil schon länger anstehende Herausforderungen zu schaffen. Lassen Sie die Kinder und Lehrpersonen nicht im Stich und treten Sie auf alle Vorlagen ein!

Kerr Rüesch Katharina, SP, Aarau: Ich habe mich hier nicht zur Diskussion gemeldet, weil ich noch einmal konkret auf die Inhalte dieses Bildungskleeblatts eingehen möchte. Und ich habe mich gemeldet, bevor Kollege Stüssi meine visionären Worte im VPOD "dialog" zitiert hat. Offensichtlich ist die SVP nicht in der Lage, Visionen zu verstehen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich möchte Sie an etwas erinnern: Heute hat die Aargauer Zeitung, bei der ich nach wie vor keine Aktien habe und mit der ich auch sonst nicht viel zu tun habe, einen sehr klugen Artikel von einem früheren Grossratspräsidenten, einem meiner Genossen - ich darf ihn heute noch so nennen - und einem sehr klugen Bildungspolitiker, abgedruckt. Ich möchte Ihnen doch noch vor Augen halten, was der Inhalt und der Gehalt dieser Bildungsreform ist und sein muss. Wir haben heute ein Hickhack gehört, wir haben Wahlkampf gehört - vor allem von der SVP, auch von der FDP, die jetzt erwartet, dass sie ihre Kandidatin noch in den Regierungsrat bringt, und die dann alles viel besser macht. Das sind doch alles "sub specie aeternitatis" völlig unwichtige Dinge. Personen sind nicht wichtig. Wir alle werden einmal dahingehen und niemand wird uns nachweinen - so ist das. Was bleibt, ist die Gemeinschaft. Und wir sind verpflichtet, die Gemeinschaft weiterzubringen. Wir sind nicht verpflichtet, Ideologien zu verbreiten und einseitige Interessen wahrzunehmen. Wir stellen dasselbe, was Hans Zbinden in seinem Artikel sagte, fest, ich zitiere: "Zusätzlich schiessen die Bildungsprogramme der Parteien ins Kraut wie nie zuvor. Gut organisierte Interessengruppen versuchen, mit aufwendigem Marketing die Schule für ihre Ansprüche einzunehmen. So gerät die Volksschule widerwillig zum Kampfplatz von Partialinteressen." Das ist nicht gut! Eine einstmals liberale Partei wie die FDP macht da mit. Ein Jurist, den ich sonst als seriösen Menschen kenne, bringt winkeladvokatische Argumente - ich spreche Dich an, Marcel Guignard. Das sind wir von Euch nicht gewohnt. Ich kann das wirklich nur unter Wahlkampf subsumieren. Ich möchte diesem Grossen Rat ins Gewissen reden - ich darf das, denn ich werde hier nicht mehr lange dabeisein: Nur ein Denken im Gemeinsinn führt zu einer gemeinsamen Sprache, und damit aus dem Reformbabylon. Und das brauchen wir, meine Lieben, und nicht Euren Hickhack. Ich fordere Euch auf, Euch seriös auf diese Diskussion einzulassen. Sie ist dringend notwendig! Die Aargauer Schule ist Jahrzehnte im Rückstand, es herrscht ein Babylon,

die Lehrpersonen wissen auch nicht mehr, was gilt, und mit Eurem Durcheinander macht Ihr es nicht besser, Ihr macht es schlechter. Ich fordere Euch und auch unsere Seite auf, den Konsens zu finden und ein gemeinsames Werk zu schaffen, das allen und vor allem den Kindern nützt. Es geht hier nicht um den Sitz des Bildungsdirektors und nicht um künftige Regierungsrätinnen oder -räte, sondern um die Zukunft des Kantons.

Unternährer Beat, SVP, Unterentfelden: Wir treten nicht deshalb nicht ein, weil wir das Gefühl hätten, beim aargauischen Schulsystem sei alles in Ordnung. Das haben wir verschiedentlich dargelegt. Die Reform geht für uns in eine falsche Richtung. Wir wollen auch keine Mammutvorlage, sondern dass die vorhandenen Probleme einfacher, pragmatischer und ohne Kollateralschäden in kleinen Schritten gelöst werden. Selbstverständlich möchten wir, dass die kantonalen Harmonisierungsschritte, soweit sie vom Bildungsrahmenartikel vorgegeben sind, übernommen werden. Wir möchten keine HarmoS-Schritte, sondern Schritte gemäss Bildungsrahmenartikel. Die erkannten Schwachstellen im aargauischen Bildungssystem sollen einzeln und effizient behoben werden. Das möchte ich hier klarstellen.

Nun zum Rückweisungsantrag: Sie haben von der SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag bezüglich Gesamtpaket gehört. Ich nehme an, darüber werden wir abstimmen. Eventualiter stellen wir ebenfalls einen Rückweisungsantrag zu den Bildungskleeblättern 1 und 2. Wir würden gerne unseren Antrag mit dem Antrag der FDP-Fraktion vereinigen, d.h. wir würden die Kleeblätter 1 und 2 zurückweisen. Den von der FDP formulierten Auflagen zum Kleeblatt 1 können wir uns anschliessen. Beim Rückweisungsantrag zum Kleeblatt 2 wollen wir versuchen, unsere beiden Anträge zusammenzulegen, damit wir eine grössere Chance haben. Der Regierungsrat soll dem Parlament eine Vorlage auf der Basis der Dreigliedrigkeit präsentieren. Dies ist eine offene Version, die einen ordentlichen Gesetzgebungsprozess ermöglicht. Die demokratischen Regeln des Rechtsetzungsverfahrens, wie von Marcel Guignard erwähnt, werden eingehalten und die Meinungen können eingebracht und diverse Modelle in der 1. und 2. Beratung diskutiert werden. Wir beantragen also Rückweisung an den Regierungsrat von Kleeblatt 2 verbunden mit dem Auftrag, Gesetzesentwürfe vorzulegen, welche auf der Basis der Dreigliedrigkeit beruhen und die Konsequenzen auf alle übrigen Kleeblätter aufzeigen.

Bühler Hans Ulrich, FDP, Stein: Im Namen der FDP-Fraktion erkläre ich, dass wir unseren Rückweisungsantrag in diesem Sinne ändern und SVP-kompatibel machen. Die Auflage unserer Rückweisung betrifft beim 2. Kleeblatt die Dreigliedrigkeit des Oberstufen-Modells.

Lehmann-Wälchli Regina, SVP, Reitnau: Die heutige Flexibilität in diesem Saal scheint mir unübertroffen. Ich frage Sie, wollen wir heute wirklich unsere ganze Kraft dafür einsetzen, um die Kehrtwende unseres Bildungsdirektors verständlich zu machen. Ich hoffe nicht. Sollten wir heute nicht eher alles geben, um unseren Kindern auch weiterhin und langfristig die bestmögliche Bildung zu garantieren. Ich wünschte, dass wir uns alle heute unserer grossen Verantwortung bewusst sind. Meine Gemeinderatskollegen in meiner Region, die nahe bei ihrer Schule und mit beiden

Beinen auf dem Boden stehen, haben ihre Verantwortung gegenüber ihren Schülern nie vergessen und sich stets gegen die Zweigliedrigkeit der Oberstufe gewehrt. Diese Haltung wurde nicht selten durch hämische Bemerkungen des Herrn Bildungsdirektors anlässlich der Kleeblattzusammenkünfte belohnt. Stets hatte ich auch die Aussage unseres Bildungsdirektors in den Ohren, die er anlässlich der Schliessung unserer Bezirksschule gemacht hat. Sinngemäss tönte es folgendermassen: "Liebe Bezler, Ihr seid in der Bezirksschule privilegiert. Ihr genießt eine ausgezeichnete Schule. Diese Schulstufe werden wir uns längerfristig aber nicht mehr leisten können, weil viele Schüler nicht mehr deutsch sprechen." Ich verlange heute ohne Zeitdruck, ohne Drohung auf wegziehende Lehrer und ohne Burn-out-Drohungen, dass wir die Garantie bekommen, dass unsere Kinder weiterhin die beste Schulbildung erhalten. Dies müssen wir so verlangen. Es muss heute hier im Saal unsere erste Priorität sein. Leider ist dies mit der heutigen Vorlage nicht möglich. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Hochuli Susanne, Grüne, Reitnau: Ich bekenne mich klar zur Dreigliedrigkeit. Mir "passt" das System der FDP. Ich werde keine Argumente für die Dreigliedrigkeit und keine Argumente gegen die Zweigliedrigkeit vorbringen. Ich rede zur Taktik der kurz bevorstehenden Abstimmung. Es liegen ein Nichteintretensantrag der SVP, ein Rückweisungsantrag der SVP, ein Rückweisungsantrag der FDP für die Eingangsstufe sowie ein vereinigter und kompatibler Rückweisungsantrag der SVP und der FDP zur Harmonisierung der Schulstrukturen vor.

Wird das Kleeblatt "Harmonisierung der Schulstrukturen" nicht zurückgewiesen, sondern beraten, wurde uns von der FDP angedroht, dass es abgelehnt wird. Ich gehe davon aus, dass die SVP-Fraktion es aus Prinzip ablehnen wird. Ist es dann gestorben? Hinterlassen wir nicht einen ziemlichen Scherbenhaufen für die Schule, für die Kinder und Jugendlichen? Es werde nicht passieren, wurde mir gesagt. Und solche Spiele hasse ich. Es werde nicht passieren, weil die SVP- und die FDP-Fraktionen nicht vollzählig anwesend sind. Ist das gute Politik? Wenn Erbsen- bzw. Stimmzählerei solche wichtigen Vorlagen zu dominieren beginnen? Wird hier dasselbe Spiel gespielt wie heute Morgen beim Baugesetz, als mir gesagt wurde, die SVP könne auch zählen, also kann man Nein stimmen und ist doch nicht Totengräber des Gesetzes? Geht es dabei noch um den Inhalt? Die Fraktion der Grünen ist heute Morgen über ihren Schatten gesprungen. Wir haben dem Baugesetz in der Hoffnung zugestimmt, es in der 2. Beratung in unserem Sinne noch verbessern zu können. Wenn dies nicht geschieht, werden wir es beerdigen. Aber wir haben dann am Inhalt bis zum Schluss mitgearbeitet. Bevor wir über Rückweisung eines Kleeblatts befinden, will ich ganz genau wissen, wie sich das Departement BKS eine 2. Beratung der Harmonisierung der Schulstrukturen vorstellt. Wird dieses Kleeblatt wie befürchtet via Dekret geregelt? Sind die von der CVP und FDP vorgeschlagenen Modelle pfannenfertig vorhanden? Bis wann haben wir sie auf dem Teller? Gibt es die Möglichkeit einer ebenso kurzen Vernehmlassung, wie wir sie bei der vorzeitigen Einführung der Steuergesetz-Teilrevision auf uns genommen haben? Dort ist keine grosse Opposition entstanden. Es ist mir klar, dass diese beiden Sachen von der Materie nicht zu vergleichen sind, jedoch die Methode. Ich bitte um Beantwortung dieser konkreten

Fragen durch den Regierungsrat. Ich bitte jeden Einzelnen in diesem Saal, sich zu überlegen, was passiert wäre, wenn Regierungsrat Rainer Huber an der Zweigliedrigkeit festgehalten hätte. Ich hätte bspw. meinen geplanten Antrag auf die Wiedereinführung des Elitegymnasiums stellen können oder aus Ihren Reihen wäre ein Prüfungsantrag auf Dreigliedrigkeit gestellt worden. Vielleicht wäre auch ein fertig ausgearbeiteter Antrag und überhaupt kein Prüfungsantrag gestellt worden. Hätten wir dann die gleiche "Heute" wie jetzt? Bevor Sie abstimmen, bitte ich jeden Einzelnen genau darüber nachzudenken und sich die Sache gut zu überlegen.

Hollinger Franz, CVP, Brugg: Lieber Andreas Glarner, Du hast einen gewissen Franz Holliger als Lügner bezeichnet. Ich fühle mich deshalb nur bedingt angesprochen. Trotzdem bedaure ich, dass Du offenbar auch noch die letzte Zurückhaltung ablegst, seit Du am letzten Dienstag gehört hast, dass Du nicht in den Himmel kommst.

Eine zweite Bemerkung: In der CVP-Fraktion können sowohl die Trocken- als auch die Nassrasierer jederzeit in den Spiegel schauen und zudem auch die Frauen, welche keiner von beiden Spezies angehören. Wenn Du uns als Deine Freundinnen und Freunde bezeichnest, so muss ich Dir sagen, dass es sich dabei um ein sehr einseitiges Empfinden handelt. Zur Klarstellung der Sachlage möchte ich aus unserer Medienmitteilung zitieren. Leider wurden nur wenige Sätze veröffentlicht. "Problemlösungen statt Scherbenhaufen - die CVP-Fraktion will allen Teilen des Bildungskleeblatts zum Durchbruch verhelfen. Die pädagogischen Neuerungen sind eine Chance für die Bildung unserer Kinder und müssten realisiert werden. Die CVP hat sich bisher für die Zweigliedrigkeit ausgesprochen, dies vor allem mit der Begründung der Restschulproblematik und des einfacheren Handlings. Die CVP sieht darin immer noch das Modell der Zukunft. Andererseits will die CVP die Bildungskleeblattvorlage durchbringen und hat deshalb in der Frage der Gliedrigkeit beschlossen, die Argumente nach Harmonisierung stärker zu gewichten. Dabei muss eine dreigliedrige Oberstufe folgende Bedingungen erfüllen: Für die Probleme der Restschule sind griffige Massnahmen vorzusehen, der Unterricht in Niveaugruppen muss über alle drei Glieder hinweg möglich sein und die Oberstufe muss mit dem Bildungsraum Nordwestschweiz harmonisiert sein. Die CVP-Fraktion will mit einem konsensfähigen Vorschlag dem Bildungskleeblatt zum Durchbruch verhelfen und es nicht wahlkampfaktischen Manövern opfern. In diesem Sinne begrüsst sie die von vier Bildungsdirektoren des Bildungsraumes Nordwestschweiz vorgestellten Harmonisierungsschritte. Die CVP wird sich deshalb bei den Beratungen im Grossen Rat mit entsprechenden Anträgen dafür einsetzen, dass dieses dreigliedrige Modell umgesetzt wird."

Schweizer Annalise, parteilos, Zufikon: Andreas Brunner, auch ich will keine statische Volksschule. Zurzeit haben wir aber überhaupt keine statische Volksschule. Die Volksschule rennt. Sie joggt, teilweise ungesund unter dem Globalisierungsdruck und unter dem Mangel an finanziellen Mitteln, die sie hat oder eben nicht hat. Die Schule leidet unter einem Globalisierungsdruck, der Wettbewerb wie unter den Spitälern auslöst. Schüler sind Kunden geworden, man spricht von kundenorientierten Vorgehensweisen. Es war für mich immer klar, die Schülerinnen und Schüler ernst zu

nehmen. Ein Berater hat 1998 zu mir gesagt: "Ja, wissen Sie Frau Schweizer, Ihre Schülerinnen und Schüler sind heute Kunden. Sie müssen kundenorientiert unterrichten und es einfach so sehen." - "Was verstehen Sie denn darunter?", habe ich zurückgefragt. In der Zwischenzeit fand unsere Gruppe heraus, dass dieser sogenannte Berater nie in einem Schulzimmer gestanden und unterrichtet hat. Das kundenorientierte Denken fängt bei der Promotionsfrage an und führt über New Public Management und all diese Führungsinstrumente, die wir in den Volksschulen eingeführt haben. Jetzt findet dort ein Kulturwandel statt. Es gibt Lehrpersonen, die grün gestrickt sind, andere blau und wieder andere rot oder orange. Es gibt Lehrpersonen, die in der Privatwirtschaft gearbeitet und auf dem 2. Bildungsweg zum Lehrerberuf gefunden haben. Diese Personen haben weniger Schwierigkeiten, sich diesem Kulturwandel und den ablaufenden Prozessen zu unterstellen.

Bereits heute haben wir nicht nur vier, sondern sechs Kleeblätter, und zwar das Kleeblatt der Schulleitungen. Es gibt auch noch die Schulpflegen, d.h. es gibt viel mehr Entscheidungsinstanzen. Je mehr Entscheidungsinstanzen es gibt, umso weniger Verantwortung will man tragen, denn es ist einfacher, die Verantwortung abzugeben. Dies ist ein weiteres integratives Kleeblatt und es läuft so nebenbei. Nach meiner Meinung würde es anstehen, klare Leitlinien zum integrativen Kleeblatt herauszuarbeiten. Ich befürworte den Sozialindex, am besten heute schon, denn damit können wir sehr viel in der Praxis, bei den Schülern, den Lehrpersonen und den Eltern bewirken und verbessern. Sagen wir schon heute Ja zu den Tagesstrukturen. Zur Oberstufenfrage: Wenn es uns in der Nordwestschweiz nicht gelingt, eine Dreigliedrigkeit aufzuarbeiten, die Bestand hat, verstehe ich es nicht. Warum ist es in der Berufsausbildung möglich, eine KV-Reform, eine Detailhandelsreform gesamtschweizerisch umzusetzen. Bei der Oberstufe haben wir aber das Gefühl, dass jeder Kanton sein eigenes Züglein fährt. Hier müsste man sich mindestens nochmals Gedanken machen. Bei der KV- und der Detailhandelsreform sind wir gerannt. Inzwischen wird dem dreiblättrigen KV ein weiteres Blatt hinzugegeben, obwohl es zuerst gestrichen wurde. Bei der Detailhandelsreform hat man aus der dreigliedrigen eine zweigliedrige Reform gemacht. Die Frage des Teamteachings hat ebenfalls mit dem Kulturwandel zu tun. Hier gibt es Lehrpersonen, die verschieden gestrickt sind. Das Teamteaching kann man nicht verordnen. Je nach Lehrerpersönlichkeit benötigt man weniger oder mehr Weiterbildung, also intensive Zeit, um die Lehrpersonen weiterzubilden. Sehr gerne hätte ich den Antrag der FDP-Fraktion unterstützt - nämlich im Sinne "zurück an den Absender" in Bezug auf die Frage der Dreigliedrigkeit der Oberstufe und der Eingangsstufe.

Bhend Martin, EVP, Oftringen: Die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Bildungskleeblatt schlecht ist. Sie haben richtig gehört. Leider müssen wir damit auf eine Entwicklung in der Gesellschaft reagieren. Ich nenne ein Beispiel: Die Gemeinde Oftringen hat in den letzten zehn Jahren rund einen Drittel Bezirksschüler verloren und einen Drittel Realschüler gewonnen, bei stagnierender Gesamtschülerzahl. Sagen Sie mir woran das liegt? Sind die Schüler dümmer geworden? Hat sich die Bevölkerungsstruktur verändert und haben sich mehr Ausländer niedergelassen? In diesem Zeitraum haben sich in Oftringen 1% mehr Ausländer niedergelassen, also kann man

es nicht so zuordnen. Die Gesellschaft verändert sich. Wir müssen darauf reagieren, ob wir es wollen oder nicht. Mit welchen Mitteln sollen wir reagieren? Die SVP will zurückhaltend und schrittweise reagieren, das ist verständlich.

Wir haben ein Gesamtpaket und einen Auslegeordnung im Planungsbericht gesehen. Wir haben letztes Jahr Leitsätze beschlossen und heute stellen wir uns mehrheitlich noch hinter diese Leitsätze. Gibt es Alternativen? Wenn ja, dann bringen Sie diese Alternativen heute und deklarieren Sie sie klar. Kommen Sie aber bitte nicht mit alten Vorschlägen, die Sie bereits vor einem Jahr gebracht haben und die in diesem Saal demokratisch abgelehnt wurden. Alles zurückzuweisen, ist gleichzusetzen mit einem den Kopf in den Sand stecken und zu sagen, irgendwie kommt es schon gut und wir warten ab. Der Effekt wäre, dass in den nächsten Jahren die geschilderten Zustände exorbitant zunehmen würden. Reden Sie einmal mit dem Leiter des Jugendheims Aarburg, Hans Peter Neuenschwander. Er wird Ihnen erklären, welche Entwicklung in den letzten Jahren im Bereich Jugendgewalt passiert ist und wie sich seine Klienten, die er in seinem Heim beherbergt und behandelt muss, weiterentwickelt haben. Überall ist das zentrale Thema die Familienstruktur bezüglich der zunehmenden Gewaltbereitschaft der Jugendlichen. Wir müssen irgendwie reagieren. Der angebahnte Weg, den wir zusammen beschlossen haben, ist eine Möglichkeit. Er ist in diesem Saal mehrheitsfähig gewesen. Die Zwei- oder Dreigliedrigkeit scheint mir in diesem Zusammenhang, als nicht mehr zentral zu betrachten. Wichtig ist, dass die beschlossenen Niveaustufen und die Durchlässigkeit garantiert werden. Marcel Guignard, in der Vergangenheit wurden Gesetze mehrmals ganz unterschiedlich angegangen. Ich erinnere an die bevorstehende 2. Debatte der Steuergesetzrevision. Man konnte hier kurzfristig die eine oder andere Frist abändern. Ich möchte dieses weitläufige Feld nicht in den Vordergrund rücken. Es ist sicher möglich, bis zur 2. Beratung die nötigen Unterlagen bereitzustellen.

Gestern habe ich mich mit Regierungsrat Huber unterhalten, welche Auswirkungen es auf die Gemeinde Oftringen haben würde. Die Daten und das Zahlenmaterial habe ich heute früh erhalten. Fredy Böni, wenn man das Departement BKS anfragt, bekommt man bereinigte Zahlen bezüglich Dreigliedrigkeit geliefert. Ich habe Sie heute erhalten und kann sie Dir zeigen. Unsere Bevölkerung will endlich Klarheit. Deshalb bitte ich Sie um Besonnenheit. Lassen Sie das Vorwahlgeplänkel. Sparen Sie die Energie für die Wahlen. Machen Sie dort mit, wo Sie sich befugt und interessiert fühlen. Gestalten Sie die Zukunft der Schule mit. Die Schule muss auch zukünftig gestaltbar sein. Wir machen keine Reform für die Ewigkeit und zementieren nicht die Vergangenheit. Die SVP hat zum Ausdruck gebracht, dass sie auch reformieren will. Die Schule und die Gesellschaft sind im Wandel, egal ob wir Verfassung und Gesetzestexte

neu definieren. Der italienische Philosoph Dante Alighieri hat vor einigen Jahrhunderten gesagt: "Der eine schaut zu, wie die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt."

Abbt-Mock Alexandra Christina, CVP, Islisberg: Annalise Schweizer hat gesagt, unsere Volksschule joggt. Das mag sein, aber sie ist dabei noch viel zu langsam. Sie rennt nämlich den gesellschaftlichen Realitäten hinterher. Die Bildung ist die Hauptaufgabe unseres Staates. Nur ein gutes Bildungssystem garantiert uns solche Bürgerinnen und Bürger, die Eigenverantwortung übernehmen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Darum brauchen wir das Bildungskleeblatt. Wir brauchen diese Bildungsreform, die jedes Kind in seinen Stärken fördert. Für die Protokollführerin ist es sicher noch motivierend, wenn sie miterleben durfte, wie genau die Sitzungsprotokolle, sogar solche, die mehr als ein Jahr alt sind, gelesen werden. Ich hätte da auch noch ein paar Zitate beizutragen. In der letzten Sonntagszeitung vom östlichen Nachbarkanton durften wir ein Interview mit Frau Silvia Blocher, der Vordenkerin der SVP in Bildungsfragen, lesen. Die Schlagzeile ist interessant: "In extremen Fällen müsste man den Krippenbesuch sogar erzwingen." Aha, interessant, wie machen Sie das, wenn die Gemeinde einfach kein Betreuungsangebot aufgebaut hat? Vom Interviewer wird die Frage gestellt, ob die Frau also nicht immer Zuhause bleiben muss. Silvia Blocher antwortet: "Meine Tochter leitet vollamtlich ein Industrieunternehmen." Darauf die Frage der Zeitung: "Wie versorgt sie ihre Kinder?" Antwort: "Sie hat eine Frau angestellt, die von 8.00 bis 18.00 Uhr schaut." Wunderbar, meine Kolleginnen und Kollegen, diese Klientel ist nicht auf eine gut funktionierende und qualitativ hochwertige Volksschule angewiesen. Diese Klientel kann ihre Kinder in eine Privatschule schicken. Privatschulen notabene, die integrative Schulung und Tagesstrukturen schon seit langem anbieten.

Wir dürfen doch keine Zweiklassenbildung erlauben. Für unsere Kinder braucht es die bestmögliche Schule. Bis wir die kleinen Schritte in der Bildungsreform, die die SVP wünscht, umgesetzt haben, sind die Kinder von gut situierten Familien schon längstens alle in die Privatschulen abgewandert und die Volksschule muss sich nur noch mit Kindern aus benachteiligten Familien auseinandersetzen. Die USA lässt grüssen. Geben Sie sich einen Ruck. Unterstützen Sie das Bildungskleeblatt, wie es hier ist. Wir nehmen die Dreigliedrigkeit auch in Kauf, weil wir überzeugt sind, dass alle anderen Reformen zwingend nötig sind.

Vorsitzender: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir beenden hier diese Sitzung und treffen uns wieder Punkt 16.00 Uhr zur 3. Sitzung des heutigen Tages.

(Schluss der Sitzung um 15.27 Uhr)